

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Thüringen, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Interlions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zuzulage für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Wahlparole der Reaktion.

Die Reaktionen aller Schattierungen ereifern sich in wachsender Grimme über die Worte, mit denen ich in der Reichstags-Sitzung vom 26. November auf die stets bekundeten republikanischen Anschauungen der Sozialdemokratie hingewiesen habe. Schon in der Sitzung selbst trat ja in den Ausführungen der Herren v. Bethmann Hollweg, v. Heydenbrand und v. Dirksen der Zweck dieses reaktionären Gezetters klar zutage. Er wird aber jetzt offen eingestanden in der folgenden Erklärung der „Kreuz-Zeitung“ vom 6. Dezember:

„Die sozialdemokratische Partei hat am 26. November durch den Abgeordneten Ledebour feierlich ein republikanisches Bekenntnis abgelegt. Diese Stellungnahme, die im nächsten Wahlkampf die Hauptrolle spielen wird, bedeutet eine Bedrohung der Reichsverfassung. Eine solche Herausforderung der Sozialdemokratie dürfen alle staatsverhaltenden Parteien nicht ruhig hinnehmen. Nun heißt es erst recht gegenüber den revolutionären Plänen der Sozialdemokratie den monarchischen Gedanken zu betonen und auf die Gefährlichkeit der sozialdemokratischen republikanischen Agitation hinzuweisen.“

Am nämlichen Tage begrüßte dann noch das leitende Blatt der konservativen Partei freudig einen national-liberalen Bundesgenossen in dem Kampf gegen republikanische Anschauungen mit folgenden Worten:

„Wie wir der „Kreuz-Zeitung“ entnehmen, hat der Geh. Justizrat Ludwig in Stettin in einer national-liberalen Parteiverammlung am Montagabend erklärt im Hinblick auf das Ledeboursche Bekenntnis zur Republik in der Reichstags-Sitzung vom 26. November, ihm persönlich wäre es lieber gewesen, wenn da ein paar Leute aus der Contenance gekommen und mit geballten Fäusten vor-gestürzt wären, um den Redner von der Tribüne herunterzuziehen.“

Begeistert setzt dann die „Kreuz-Zeitung“ dem Wutanfall des Königsstreuen Ludwig hinzu:

„Der Redner scheint noch ein National-liberaler alten Schlags zu sein, denn bei dem Nachwuchs der Partei ist man ein solch ungeschminktes, von echter Königsstreue zeugendes temperamentvolles Bekenntnis nicht mehr gewöhnt. Es ist aber gut, daß der Abg. v. Didenburg diese Reuegerung nicht getan hat.“

Es muß allerdings ein erhebendes Gefühl sein für das Junkerblatt, daß Rohheitsausbrüche gegen die Sozialdemokratie nicht auf ihre eigenen Parteigenossen beschränkt sind und daß der national-liberale Ludwig mit dem konservativen Didenburg wetteifert in dem Bemühen, den Kampf mit geistigen Waffen durch den Appell an die rohe Gewalt der Fäuste oder der Säbel zu erheben. Wer es wagen sollte, die Ludewigsmannieren in den Reichstag zu übertragen, würde jedenfalls herzlich schlechte Erfahrungen damit machen. Der Versuch wird aber kaum unternommen werden. Immerhin verdient jener Rohheitsausbruch gebührend zu werden als Kennzeichen des geistigen und sittlichen Tiefstandes unserer Feinde.

Notwendig aber ist es, sofort den Angriffen der Gegner auf unsere republikanischen Anschauungen entgegenzutreten. Sündigt doch jetzt schon die „Kreuz-Zeitung“ an, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in einem Wohlflugblatt den Republikanismus unserer Partei behandeln wird.

Da die Zeitungsberichte die von mir gebrauchten Sätze nur sehr verstimmt wiedergegeben haben, muß jedenfalls deren Wortlaut nach dem Stenogramm zur Grundlage der Erörterung genommen werden. In meiner Rede hatte ich ausgeführt, daß die dringendste Frage der Zeit die völlige Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens im Reich, in den Einzelstaaten und in den Kommunen sei, daß wir Sozialdemokraten mit voller Entschlossenheit diesen Kampf durchzuführen würden, daß uns dabei aber auch alle Bundesgenossen aus den bürgerlichen Parteien willkommen sein würden. Im Verfolg dieses Gedankenganges sagte ich dann zum Schluß:

„Das deutsche Bürgertum steht vor einer Schicksalswende. Es fragt sich, vielleicht zum letzten Male, ob im deutschen Bürgertum noch so viel Selbstgefühl vorhanden ist, wie es zu unserer Freude das englische Bürgertum, der englische Liberalismus wieder betätigt. Wenn das der Fall ist, wir werden solche Liberale mit Freuden in diesem Kampfe begrüßen, und ich glaube, meine Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei, wenn Sie wirklich eine liberale, eine Volkspartei, eine Vertretung des deutschen Bürgertums sein wollen, ist das der einzige Weg, den Sie einschlagen können, um Sie aus der Lage heraus zu reiten, in die Sie durch Ihre Völpolitik geraten sind. Wenn Sie wirklich noch die Sehnsucht nach einer Völpolitik zur Erneuerung dieses großen Fehlers leiten sollte; sinken Sie mit den National-liberalen zusammen zu einem Handlangeregiment der Konservativen, des Junkertums und auch, wie es jetzt scheint, des Zentrums herab, dann sind Sie nicht mehr eine selbsttätige Vertretung des Bürgertums, und dann wird auf Sie das Wort anwendbar: lo mort saisit le vif, der tote Völk reißt die Fortschrittliche Volkspartei mit sich ins Verderben. Ich hoffe ja noch, daß es anders kommen wird; denn ich habe bei Ihnen verschiedene Zusicherungen zu meinen Ausführungen gehört. Wir werden Ihnen das erleichtern, mit uns zusammen zu

kämpfen. Es muß dieser Kampf durchgefochten werden. Lassen Sie uns jedoch im Stiche in diesem großen Verfassungskampf, dann glauben Sie nicht etwa, daß wir den Kampf allein nicht durchführen können. Der Kampf wird dann zunächst allerdings schwieriger. Das würde aber dann die Folge haben, daß allmählich aus Ihren Reihen und aus den Reihen der anderen bürgerlichen Parteien, die sich zur Verteidigung des Gottesgnadentums, der Bürokratie und der Junkerlaste zusammengeschort haben, alle Männer, die nun wirklich auch nur noch bürgerliches Selbstgefühl in der Brust haben, zu uns kommen und unsere Reihen verstärken werden, während aus den Reihen des Proletariats die Millionen, die noch ferne von uns stehen, sich gleichfalls um die Sozialdemokratie scharen werden.“

Ueber unsere Ziele herrscht ja gar kein Zweifel, wir machen niemals ein Hehl daraus, wir bekennen ausdrücklich, daß wir eine republikanische Partei sind, daß die Verwirklichung des Sozialismus, der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung nur möglich ist mit republikanischen Formen. (Hört! hört! in der Wille.) Es muß dahin einmal auch bei uns kommen, genau so gut, wie es in andern Ländern schon vor der Verwirklichung des Sozialismus zu republikanischen Einrichtungen gekommen ist und vor unseren Augen kommt. Auch Deutschland geht den Weg des Fortschritts, auch in Deutschland wird der Geist der Zeit obliegen, den Kaiser Wilhelm II. den „verderblichen“ nennt. Unsere republikanischen Ueberzeugungen hindern uns aber nicht, allen denjenigen behilflich zu sein, die selbst beim Fortbestehen monarchischer Einrichtungen, wie es in England der Fall ist, das parlamentarische System durchzuführen wollen. Wollen Sie das, so sind Sie sicher, daß Sie es auch erreichen können, erreichen müssen.

Sollten aber in den großen Kämpfen, die uns bevorstehen, schließlich alle anderen Parteien versagen, wie werden, auf uns allein gestellt, den Kampf zu Ende führen, und wenn die Welt voll Teufel war, wir werden doch gewinnen! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind also die Sätze, die das Entsetzen der Reaktionen hervorriefen, die aber auch liberalen Gemütern Unbequemlichkeiten verursacht haben. Gab doch sogar ein demokratisches Wochenblatt, „Die Zeit am Montag“, seinem Unbehagen in der Vermutung Luft, ich hätte mich durch mein „leidenschaftliches Temperament“ hindereifen lassen, den republikanischen Ueberzeugungen unserer Partei „einen herausfordernden und im Augenblick vielleicht nicht wohlgebrachten Ausdruck zu geben“.

Da zeigt es sich wieder einmal, wie wenig aufstrebende, wenn auch wohlwollende Beurteiler Kern und Wesen unserer Bewegung sowohl wie die tatsächlichen Notwendigkeiten unseres Tageskampfes zu erfassen vermögen. Ich kann versichern, daß ich nicht einer Augenblickseingebung folgend, sondern auf Grund reiflicher Ueberlegung an jener Stelle unsere republikanischen Ueberzeugungen betont habe. Wir brauchen sicher nicht bei jeder Gelegenheit unseren republikanischen Anschauungen Ausdruck zu geben, ebensowenig wie wir alle Tage von der endgültigen Umgestaltung der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung sprechen. So etwas ist nur notwendig, wenn die Umstände es verlangen. Das war aber hier der Fall.

Gerade weil ich einen bringenden Appell richtete, dringender noch als 1908, an die Vertreter des Bürgertums, uns zur Seite zu stehen in dem Kampfe um demokratische Einrichtungen, die, wie das Beispiel Englands zeigt, sich auch vereinen lassen mit der monarchischen Staatsform, war es notwendig, die grundsätzlichen republikanischen Forderungen unserer Partei gleichzeitig zu betonen. Aber auch die geschichtlichen Zeitumstände bedingten das. Ich hatte vorher warnend darauf hingewiesen, daß die Verkopplung absolutistischer mit clerikalen Bestrebungen unter der Devise „für Thron und Altar“ die Stuarts in England, die Bourbonen in Frankreich und neuerdings das Haus Braganza ins Verderben geführt habe. Vor unseren Augen hatte in einem europäischen Lande eine bürgerliche Revolution die Republik herbeigeführt. Da sollten die Vertreter des klassenbewußten Proletariats, wenn sie die Frage der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens aufrollen, es mit Schweigen übergehen, daß wir grundsätzlich Republikaner sind? Das wäre in diesem Augenblick ebenso nutzlos wie unausdrücklich und deshalb auch taktisch unklug gewesen. Denn Offenheit und Ehrlichkeit ist im letzten Ende immer die beste Politik, vor allem aber für die Partei des proletarischen Klassenkampfes.

Doch könnte das nicht manchen liberalen Bürgersmann stutzig machen und ihn abreden von einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zur Erkämpfung des demokratischen Parlamentarismus? Möglich! Wessen Demokratismus so eughrüstig ist, daß ihm der Atem ausgeht, weil sein Redemann im Kampf sich zur Republik bekenn, wird der denn etwa durch unsere sozialistischen Forderungen nicht abgeschreckt? Der läßt ja doch bei erster Gelegenheit zum Feinde über, unter diesem oder unter jenem Vorwande. Wir können unsere Taktik nicht einrichten nach den Gemütsstimmungen schreckhafter Philisterseelen.

Uebrigens, waren denn unsere republikanischen Grundsätze für irgend jemand ein Geheimnis? Sind sie nicht schon wiederholt auch im Reichstag betont worden? Die ganze Entrüstung der Bethmann, Heydenbrand und Ludewig ist ja nur schlecht gespielte Komödie. Hätte ich bei jener Gelegenheit über unsere republikanischen Grundsätze geschwiegen,

dann wären sie ebenso entrüstet gewesen über mein Schweigen wie jetzt über mein Reden. Denn in ihrer wachsenden Angst vor der steigenden sozialdemokratischen Flut greifen diese Eintragungspolitiker nach dem verzweifeltsten Mittel, die Empörung des Volkes von dem volksausbeuterischen Treiben der herrschenden Clique abzuleiten, indem sie „Thron und Altar“ mit ihrem Ausbeutungssystem identifizieren. „Der Thron ist in Gefahr, wenn ihr die Junkerherrschaft stürzt! Der Thron ist in Gefahr, wenn ihr das bürokratische Regierungssystem beseitigt!“ Das soll die Wahlparole der Volksausbeuter werden.

Dabei ist den junkerlichen Drahtziehern doch die Ahnung aufgedämmert, daß sie mit der Erregung von Abscheu vor dem Republikanismus der Sozialdemokratie allein keine Geschäfte machen können. Deshalb hat Herr v. Heydenbrand schon am 26. November sich bemüht, der Sozialdemokratie Werdpläne gegen die herrschenden Klassen anzudeuten. Deshalb wird mit solchen strupelosen Mitteln von den Reaktionen weiter gearbeitet werden. Wir werden ihnen zu begegnen wissen. Die Leute können eigenartige Ueber-raschungen bei ihren Methoden der monarchistischen Propaganda erleben. Der Ausgang der Wahlen wird ja zeigen, ob das Volk sich durch die Heydenbrandte und Ludewige juridkoden läßt in den brennenden Stall der Reaktion, oder ob in wachsender Zahl das ausgebeutete und geknechtete Proletariat der völkerebefreienden Sozialdemokratie zufließen wird. Uns verleiht jedenfalls unsere gute Sache die feste Zuversicht auf den Sieg.

G. Ledebour.

## Zentrum und Scharfmachertum.

Ein höchst seltsames Schauspiel bot in der letzten Zeit die Haltung des Zentrums. Diese Partei, die doch so oft emphatisch betont hat, daß sie eine Streiterin für die Rechte des Volkes sei, hat sich zu einer Zurückweisung der unterstürzten Scharfmachereien des Herrn von Heydenbrand, der „Kreuzzeitung“, kurz des ganzen agrarischen Scharfmachergelichters, bislang nicht aufzuschwingen vermocht!

Daß der famose Zentrumsdiploamat Hertling in der Debatte über die letzten Kaiserreden jede Spur nicht nur demokratischen, sondern selbst des verdünntesten konstitutionellen Geistes vermissen ließ, dagegen mit dem Dirigenten des Scharfmacherkonzerts, Herrn von Heydenbrand, um die Wette im widerlichsten Hygantinismus schwelgte, ist bei diesem Herrn ja nicht verunderrlich. Herr von Hertling ist ja als einer der reaktionärsten der religiös verummantelten Reaktionen des Zentrums hinlänglich bekannt. Gebörte doch von Hertling auch zu den 14 Zentrumsdabgeordneten, die 1880 für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten. Aber es war ebenso bezeichnend für das Zentrum, daß es diesen Reaktionen vor reinen Wasser zum Fraktionsredner in einer Frage bestimmte, bei der es die Rechte des Volkes nachdrücklich zu wahren galt, wie es charakteristisch für Herrn Hertling selbst war, daß er zur Festigung des nach schmerzlicher Trennungszeit neu geschlossenen Liebesbundes zwischen Konservativen und Zentrum im November 1910 das aktuelle Gegenstück von dem sagte, was er zwei Jahre zuvor in derselben Sache gesagt hatte.

Diese ultrareaktionäre Haltung des Zentrums läßt zugleich die Zentrumsbeteuerungen in Sachen der preussischen Wahlreform in eigenartigsten Lichte erscheinen. Eine Partei, die noch nicht einmal soviel Mannesmut vor Fürsienthronen aufzubringen vermag, wie selbst ein Wassermann, dies Urbild politischer Ansehen-erweidung, wagt noch, von sich zu behaupten, daß sie ernstlich für eine Erweiterung der Volksrechte, für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintrete. Freilich, wie ernst es das Zentrum mit der Forderung der organischen Fortbildung verfassungsmäßigen Rechtes“ meint, die es schon durch sein Programm von 1870 und seither immer wieder erobert, beweist ja die Tatsache, daß es bei den Wahlreformverhandlungen des verfloffenen Jahres den Junkern zuliebe sogar national-liberale Verbesserungs-vorschläge zu Falle brachte!

Die Heydenbrand-Garbe heißt zum Staatsstreich, bedroht in der frechsten, nacktesten Form das Reichstagswahlrecht — und das Zentrum tut, als ginge es dies Toben seiner innigsten Busenfreunde auch nicht das allgeringste an!

So tritt das Zentrum für die organische Fortbildung verfassungsmäßigen Rechtes ein!

## Die Wahlen in England.

London, 8. Dezember. Am Mittwoch haben die Liberalen nicht gut abgeschnitten. Bisher sind gewählt 133 Liberale, 189 Unionisten, 25 Vertreter der Arbeiterpartei, 45 Anhänger Redmonds, 5 Anhänger O'Briens. Die Konservativen haben jetzt wieder einen Vorsprung von drei Mandaten.

Mit dem gestrigen Tage sind die Wahlen in den Städten zum Abschluß gelangt. Beide Parteien sehen jetzt mit Anruhe dem Wahlergebnis in den Grafschaften entgegen, wo die Wahlen heute ihren Anfang nehmen. Die Liberalen, die gestern früh überzeugt waren, daß sie mehrere Gewinne in den ländlichen Bezirken verzeichnen würden, zeigen gegenwärtig keine Neigung zu Prophezeiungen und erklären, es liege in der Macht der Grafschaften, die liberale Regierung entweder zu einer bloß gemäßigten oder zu einer unwiderstehlichen zu machen. Die unionistischen Blätter hagen die Zuversicht, daß die Unionisten

Ihre starke Stellung in den Gräfschaften behaupten oder noch verbessern werden, und schließlich die den Erklärungen Wal-jour's an, der gestern in Bremen eine Rede hielt und die Ansicht ausdrückte, daß die Liberalen, wie auch immer die Wahlen ausfallen sollten, nicht imstande sein würden, ihr Programm durchzuführen. Die Wählererschaft werde binnen kurzem wieder berufen sein zu erklären, ob sie gesonnen sei, ihre Gesandten der großen, homogenen unionistischen Partei anzuerkennen. Mit besonderer Genauigkeit begrüßen die unionistischen Blätter die Erfolge in Lancashire und erwarten dort einen völligen Triumph der Unionisten.

Herr Balfour schlug auch wieder einmal die chawinistische Lärmtrümmel; er sagte in der erwähnten Rede, er sei zu der Schlussfolgerung gezwungen, daß die liberale Regierung anderen großen Seemächten gestatte, in dem Wettbewerb um die Erreichung der gleichen Stärke zur See vorzudringen, daß die Lage Englands zur See gegenwärtig weniger sicher sei als seit Menschen-gedenken. Er hoffe, die Regierung werde anfangen, sich ihrer schweren Verantwortung bewußt zu werden, und durch erhöhte Forderungen zeigen, daß die von den Unionisten in den letzten Jahren vertretenen Anschauungen zuletzt doch nicht tauben Ohren gepredigt worden seien.

Heute wird in 41 Wahlkreisen um 45 Mandate gekämpft.

### Der zweite Wahltag.

London, 6. Dezember. (Fig. Ver.) „Schmeißt die Kapitalisten aus dem Parlament, wie sie uns aus den Werkstätten geschmissen haben!“ Mit diesem Ausruf zogen die Arbeiter Sunderlands, die augenblicklich schwer unter der Aussperrung der Werftarbeiter zu leiden haben, in den Wahlkampf und wählten neben einem Liberalen den Genossen Goldstone, dessen Wahl hier vor einigen Tagen vorausgesetzt wurde. Damit hat die Arbeiterpartei die Schlappe, die sie in Wigan erlitten, wieder ausgekehrt.

In London haben sich die Konservativen gründlich ver-rechnet. Sie glaubten gestern mindestens vier Mandate zu gewinnen, und sie gewannen nur zwei; eins davon mit einer Mehrheit von nur acht Stimmen. Ueberhaupt sind die Mehrheiten in einer großen Anzahl Wahlkreise sehr knapp. Das beweist, wie heftig um jeden Fußbreit Boden gestritten wird. In London ist es die vorzügliche Organisation der liberalen Partei, die die Regierung bis jetzt vor gefährlichen Verlusten bewahrt hat. Vor der Wahl hielt man es kaum für möglich, daß die Liberalen die ungeheure Zahl der seit der Mitte des vorigen Jahres verzogenen Wähler wieder fast vollständig zur Wahlurne führen könnten.

Von besonderem Interesse ist der glänzende Durchfall des liberalen Arbeitervertreter's Bibian in Birkenhead. Dieser Mann war bisher ein getreuer Anhänger des Ministers Burns. Er zählte im Parlament zu der kleinen Schaar liberaler Arbeitervertreter, die stets darauf bedacht waren, ihren Haß gegen den Sozialismus hervorzulernen. Auch Addison, der im Parlament früher eine ähnliche Rolle wie Bibian spielte, scheint jetzt definitiv vom politischen Schauplatz zu verschwinden. Bei den Wahlen im Januar unterlag er den Konservativen; letzten Sonntagabend gab man ihm die Verteidigung eines unsicheren liberalen Mandats; er verlor es. Es ist sehr bezeichnend, daß den Liberalen zwei Mandate durch die von ihnen groß gezogenen Arbeitervertreter verloren gegangen sind. Einen Lacherfolg erzielten die Frauenrechtlerinnen in St. Pancras (London), wo sie einen Kandidaten aufgestellt hatten. Der gute Mann erhielt ganze 22 Stimmen. Jede dieser Stimmen muß mindestens zehn Pfund Sterling gelostet haben. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hätten wohl kaum etwas Wirksames tun können, um dem Verdacht, daß die ganze Agitation zugunsten des beschränkten Frauenstimmrechts mit dem Gelde reicher Damen geführt wird und beim Volke keinen Widerhall findet, neue Nahrung zuzuführen.

Die Wahlen von gestern zeigen wieder, daß die Beteiligung viel schwächer ist, als im Januar. Die Stimmengabe der Liberalen und Konservativen sank um fast 10 Proz. bei jeder Partei; die Arbeiterpartei hatte einen Stimmenverlust von etwa 30 Proz. aufzuweisen. Der stärkere Rückgang der Stimmen der Arbeiterpartei erklärt sich aus den Organisations- und Geldschwächen. Auch der Umstand, daß dieses Mal viel weniger Arbeitervertreter kandidierten, als bei den letzten Wahlen, muß bei der Erklärung dieser Erscheinung in Betracht gezogen werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Dezember 1910.

### Keine Ausnahmegesetze?

Die Regierung scheint auf die hochverräterische Auf-sorderung der konservativen Kräfte, zur Erhaltung der kon-servativen Machtstellung den Staatsreich vorzubereiten, noch immer nicht eingehen zu wollen — wahrscheinlich, weil sie doch eine etwas tiefere historische Einsicht, besitzt als die Herren Clard v. Oldenburg, Georg Hertel, Ernst v. Hendebrand usw. Die „Post“, die bekanntlich zu den scharfmascherischen Aliquis die besten Beziehungen unterhält, weiß darüber zu melden:

„Bei der Besprechung über die Königsberger Kaiserrede hat der Abg. v. Hendebrand die Frage erörtert, ob es nötig sei, gegen-über gewissen Auswüchsen der sozialdemokratischen Kampfpolitik eine Ausnahmegesetzgebung in Erwägung zu ziehen. Wie wir hören, ist der Standpunkt der Regierung der, daß eine Ausnahme-gesetzgebung gegen sozialdemokratische Aus-schreitungen zurzeit nicht notwendig ist, da die bestehenden Gesetze zur Abwendung solcher Ausschreitungen voll-auf genügen. Eine Verschärfung bestehender Gesetze vor-zuziehen oder gar Ausnahmegesetze zu erlassen, wäre nur an-gebracht, wenn außerordentliche Umstände solche Schritte veranlassen müßten.“

Für die Konservativen wird diese Meldung lediglich ein Anreiz sein, ihre Hege fortzusetzen; wissen sie doch aus der Erfahrung ganz genau, wie schwächlich das Rückgrat des Kanzlers und seiner ministeriellen Gehilfen ist.

### Die kerikalen Stützen des Thrones.

Die portugiesischen Jesuiten haben am 28. November dem Papste einen Protest gegen ihre Behandlung in Portugal überreicht; in diesem jetzt von dem Stuttgarter Zentrumblatt abgedruckten Protest heißt es:

„Man sagt, wir Jesuiten seien die harmlosesten Gegner der Republik und deshalb hätten wir mit größerer Strenge als die anderen behandelt werden müssen. Das ist ein eitles Vorwand, denn die Gesellschaft hat gegen die republikanische Institution als solche nichts einzuwenden. Als die absolute Regierungsform in allen zivilisierten Nationen herrsche, waren es die großen Schriftsteller unserer Welt, die klar in ihren Werken die Fundamentalphinzipien der wahren Demokratie hervortreten ließen und heute sind gerade jene Provinzen unseres Ordens, die die schönste Entwicklung zeigen

und sich der größten Freiheit erfreuen, in republikanischen Gebieten gelegen. Es genügt, auf die fünf Provinzen zu verweisen, die die Jesuiten in den Vereinigten Staaten besitzen. Die angebliche Opposition der Jesuiten gegen die demokratische Regierung besteht also nicht.“

Die „Germania“ hat demnach heillos geschwindelt, als sie in der letzten Zeit auffallend häufig und eindringlich ver-sicherte, daß der katholische Klerus die feste Stütze der Thronen sei. Und auch die Beuroner Kaiserrede, nach der Thron und Altar untrennbar verbunden sein sollen, wird revidiert werden müssen.

### Am Vorabend der Stichwahl.

Freitag ist Stichwahl in Labiau-Behlau. Die Konser-vativen suchen bis zum letzten Moment die Wähler in den Glauben zu versetzen, daß die Wahl erst in acht Tagen statt-finden würde. Neben diesem Ueberrumpelungsversuch arbeiten sie mit einem unerhörten Terrorismus. Außer den Landräten haben sich auch die Gemeindevorsteher größtenteils in konservative Agitatoren verwandelt. Für heute haben die Konservativen alle Versammlungsorte mit Verbleib be-legt. Sie sind sich schon der Bedeutung des Wahlausfalls bewußt und suchen um jeden Preis, das gefährdete Mandat zu retten. Die Freisinnigen agieren gleichfalls sehr an-gestrengt. Die Sozialdemokraten werden natürlich alles tun, um den Konservativen aus dem Wahlkreis hinaus-zuworfen.

### Zur Fleischnot.

Die Reichsregierung hat sich — wahrscheinlich auf Drängen der süddeutschen Regierungen — bewogen gefühlt, die Erlaubnis zur Vieleinfuhr aus Frankreich auf einige weitere süddeutsche Gebiete auszudehnen. Außer in die städtischen Schlachthöfe in Straßburg, Reg und Wülhausen für Elsaß-Lothringen, Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg für das Großherzogtum Baden, dürfen noch einer Bekanntmachung im „Reichsanz.“ Rinder und Schweine auf der Eisen-bahn über die Eingangsstellen Kilmünster, Deutsch-Wilcourt und Rodeant auch in die städtischen Schlachthöfe von Colmar, für Elsaß-Lothringen, Freiburg, für das Großherzogtum Baden, Stuttgart, für das Königreich Württemberg, Augsburg, Hof, Kaiserslautern, Ludwigshafen, München, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, für das Königreich Bayern, Mainz, für das Großherzogtum Hessen, aus Frankreich eingeführt und durch Elsaß-Lothringen durchgeführt werden.

### Eine kerikale Verteidigung der Fleischnot.

Die kerikale „Westdeutsche Arbeiterz.“, das Spezialorgan der christlichen Gewerkschaften, hat eine Manufaktur vollzogen. Noch am 19. November erklärte sie im kräftigsten Brustton, es sei dringende Pflicht der Regierung und Stadtverwaltungen, praktisch etwas zur Abhilfe der Fleischnot zu tun und über das Resolutionsieren und Petitionieren hinauszukommen. Jetzt, nachdem auf die sozialdemo-kratistische Interpellation die Regierung erklärt hat: Es geschieht nichts zur Abhilfe, erzählt die „Westdeutsche“ ihren artikellichen Lesern in einem langen Artikel, daß die Hölle und Grenz-sperren im Interesse der Arbeiter errichtet worden seien und deshalb auch fürderhin be-stehen bleiben müßten.

Sie stellt die Frage: Hat die deutsche Volkswirtschaft, hat vor allem die fleisch konsumierende Bevölkerung ein Interesse an Ve-suchen und an der Weiterentwicklung unserer eigenen Vieh- und Fleischproduktion? Und sie kommt nach allerlei „Beweisen“ dazu, diese Frage mit einem doppelten und dreifachen „Ja!“ zu beant-worten. Das Ausland, meint sie, sei niemals in der Lage ge-wesen, einen Ankauf der deutschen Fleischproduktion zu decken. Hätten wir nicht unsere eigene „hohe“ Fleischproduktion, dann würde die Fleischversorgung sich noch viel schwieriger gestalten, und das deutsche Volk würde das Fleisch noch weit teurer bezahlen müssen. — Daraus ergäbe sich, so behauptet die „West-deutsche“, unweigerlich die Folgerung, daß alle die Maßnahmen bestehen bleiben müßten, die allein es ermöglichen haben, die deutsche Fleischproduktion aufrecht zu erhalten und ihr die große Entwicklung zu geben. Die Hölle und Grenz-sperren seien nicht nur für die Konsumenten von Nutzen, sondern geradezu notwendig für sie. Die Opfer, die in diesem Punkte der deutsche Konsument bringe, lohnten sich und würden sich auch ferner lohnen — denn zunächst müßten diese Hölle und Sperren bestehen bleiben.

Als Beweis, daß das Ausland und einen Ersatz für heimische Viehproduktion gar nicht bieten kann, führt die „Westdeutsche“ den christlichen Arbeiter erstens eine Statistik der Stückzahlen für Rindvieh, Schafweide und Schafe der europäischen Länder vor. Diese Statistik vermeidet alle Quellenangabe, es sind ferner darin Amerika, Argentinien, Australien schlauerweise nicht enthalten. Vielleicht sah die „Westdeutsche“ selbst, daß der christliche Arbeiter darin einen großen Haken finden könnte.

Die „Westdeutsche“ erzählt — sie muß in dieser Frage seit Wochen viel Prunderschwärze für die Verklopfung ihrer Leser ver-wenden — daß nach der Öffnung der französischen Grenze für Süddeutschland sofort die Viehpreise in Frankreich höher geworden sind und die deutschen Viehhändler zudem dadurch die Preise ge-halten hätten, daß sie in Mannheim genau so viel weniger Vieh antrieben, als von Frankreich hereingelassen wurde. Desgleichen hätten in München nach der Einlassung von französischem Vieh die Händler die sonst regelmäßigen Viehzufuhren aus Schleswig-Holstein zurückgehalten. — Mag sein; aber wie würde es sein, wenn auch die schweizerische, belgische, holländische, dänische, russische Grenze geöffnet würde. Würden die Hopsieiner dann ihre Rinder zurückbehalten?

Doch das Jesuitenblatt verrät selbst an einer anderen Stelle derselben Nummer: Das alles sind keine Gründe, alles ist he-wuchter Schwindel! — In einer Notiz über die Reichs-wertzwachststeuer, für die sie vorläufig noch eintritt, glossiert sie eine Eingabe des Rheinischen und Rierischen Bauernvereins an den Reichstag, worin diese sich gegen die Reichswertzwachststeuer wenden. Besonders der Satz der Eingabe hat es ihr angetan:

„Es muß der Einpruch dagegen erhoben werden, daß über-haupt solche hohen Steuern zu anderen Zwecken eingeführt werden als dem, Geld für die öffentlichen Bedürf-nisse zu schaffen.“

„Sonderbar“, heißt die „Westdeutsche“, „höchst sonderbar. Drehen wir mal den Spieß um. Es gibt z. B. Hölle, die weniger deshalb eingeführt sind, um Geld für die öffent-lichen Bedürfnisse zu schaffen“, als die einheimische Landwirtschaft vor der Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Daher der Name Schutzoll im Gegensatz zu Finanzoll.“

Na also! Hier entwickelt sich die kerikale „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ das Eingeländnis: Es gibt eine Auslands-konkurrenz. Gerade die Hölle sollen die Landwirtschaft vor der Auslandskonkurrenz „schützen“, d. h. sie sollen sie davor bewahren, Getreide und Fleisch infolge der Konkurrenz des Auslandes billiger verkaufen zu müssen. Alles was die „Westdeutsche“ über die Un-fähigkeit des Auslandes erzählt, Fleisch nach Deutschland zu liefern

und durch die reichlichere Zufuhr die Preise geringer zu gestalten, ist also bewährter Schwindel.

### Agrarische Skrupellosigkeit.

Ein nettes Gegenstück zu der Viehverkaufsfäre des Bringen Löwenstein in Baden deckt das „Bayerische Wochen-blatt“ auf. Es stellt fest, daß in dem Wochenblatt des land-wirtschaftlichen Vereins in Bayern eine Diskussion über die Schweinefleisch geführt wird. Ein Schweinemästler hatte ge-schrieben:

„Der papierne Rat, sofort nach Erkennen der Seuche die Schweine als Bratenfleisch nach München zu verkaufen, klingt sehr nat. Da würde sich die Schlachthofverwaltung in München und nach Bekanntwerden das konsumierende Publikum höchstens bedanken, jeuchen behaftete Schweine als Bratenfleisch vorgeführt zu bekommen.“

Der Geschäftsführer D. Süskind der Zentralfstelle für ge-noffenschaftliche Viehverwertung antwortete darauf, dieser Rat sei weder papierner Art noch nat:

„Die Wähler der Zentralfstelle für Schlachtviehverkauf geben hier den schlagendsten Beweis für die Richtigkeit meiner Aus-sführung. Es wurden durch diese Stelle im Laufe der letzten vier Wochen die Gesamtbestände von fünf großen Mästereien, welche von der Seuche befallen worden waren, verwertet, ohne daß sich die Schlachthof-verwaltung oder das konsumierende Publikum höchstens bedankt hätten!“

Unter solchen Umständen kann man sich freilich nicht wundern, wenn trotz der Grenzsperr die Seuche sich in Deutschland unaußhaltbar verbreitet. Es wird amtlich auf-geklärt werden müssen, wie es kommt, daß die großen Viehzüchter sich auf solche eigenartige Weise vor Seuchen-verlusten schützen können, während doch bei Ausbruch einer Seuche angeblich sofort strenge Gehösi- und Viehsperr ver-hängt wird. Dabei kommt noch in Betracht, daß die Schweinefleisch in schweren Fällen auch auf Menschen übertragen werden kann. Allerdings dürfte eine derartige Gesundheitschädigung unseren Herren Großagrariern kaum irgend welchenummer verursachen. Was Gesundheit — die Hauptsache ist der Profit!

### Volksschule und Schnaps.

In einem lutherischen Provinzialblatt, an dessen Erscheinungsort sich ein Lehrerseminar befindet, war dieser Tage die folgende, gewiß aus Lehrerkreisen stammende Mitteilung zu lesen, die zweifellos geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen:

„Seit Jahren wurden die Volksschullehrer angehalten, in der Schule bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Schädlich-keit des Branntweingenußes hinzuweisen, und wohl jedes Besuch für Volksschulen enthält ein Stück, in dem ent-schieden vor dem Branntwein gewarnt wird. Nachdem seit kurzem nun vielerorts auf dem Lande Fortbildungsschulen errichtet sind, ist den Leitern dieser Schulen von landwirtschaftlichen Ministerium in Berlin das erste Heft einer Monatschrift für das ländliche Fortbildungsschullehrer in Preußen zugesandt, in dem sich eine Abhandlung über die industrielle Verwendung der Kartoffel findet. In diesem Aufsatz wird ausgeführt, daß ein großer Teil der Kartoffeln zur Herstellung von Feinbrennwein benutzt wird, daß der Kartoffelsprei unbedenklich zu den feinsten Likören ver-wendet werden könne. Dann heißt es wörtlich weiter: „Mit diesen Genossen, ist der Branntwein überhaupt nicht nur ein durchaus unschädliches, sondern ein entschieden betrübliches Genußmittel!“

Soll etwa der Lehrer die Fortbildungsschüler, die er früher doch vor dem Branntwein gewarnt hat, nun wieder zum Trinken ermuntern? Wenn die Schule mißbraucht wird, den Junkern ein unterwürfiges, frommes Arbeitsvolk heranzubringen, warum soll nicht auch die Schule noch als Reskameanstalt für die Spirituszentrale der Schnapsbrenner dienen?

### Die Duellanten.

Als Herr Professor Bernhard (ohne Pistole) neulich seinen Hörsaal betrat, wurde er, wie wir pflichtschuldigst vermelden, von den Studenten, denen seine Pistole mit einigem Recht weit mehr imponiert hat, als seine wissenschaftlichen Leistungen, mit für-mlichem Weisheitsgetrampel empfangen. Herr Bernhard erklärte ihnen darauf, daß es sich bei seinem Streite mit Sering um „Verteidigung seines Katheders“ (mit Pistole) handle, worauf die Studenten nochmals trampelten.

Die Herren Professoren Sering, Schmoller und Wagner lassen nun durch einen Anschlag in der Universität ankünden, daß Herr Bernhard sie mit seiner Aeußerung beschuldigen wolle, sie hätten sein Recht auf Teilnahme an den sogenannten Haupt-vorlesungen verletzt. Er habe diese Beschuldigung erhoben, obwohl vom Herrn Rektor eine mit ehrengerichtlichen Verfassungen aus-gezeichnete Kommission eingesetzt worden sei und Herr Professor Bernhard sich aus diesem Anlaß schriftlich verpflichtet habe, sich der Deffentlichkeit in jeder Form zu enthalten. Schließlich erklären die drei Herren die Behauptung Bernhards aus-drücklich für un-wahr.

Man sieht, die Geschichte macht viel mehr Spektakel, als ein hübsches, kleines Duellchen. Und dabei ist sie doch viel weniger schick. Und das ist doch für einen preussischen Professor up to date nachgerade die Hauptsache. Denn gesellschaftliche Auftreten und gute Verbindungen sind doch für diese Kreise viel wichtiger als Wissen oder gar Charakter. Die Herren Sering, Schmoller und Wagner versehen vielleicht ihre Zeit nicht mehr.

### Gesetzwidriges Versammlungsverbot.

Der sozialdemokratische Parteileitende Linde in Königsberg wollte am 18. Juni auf einem Grundstück der Gemarkung Wittichen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Der Amtsvorsteher verweigerte jedoch die Genehmigung, weil eine Stö-rung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. — Die Bewerber des Landes wurden vom Landrat und vom Re-gierungspräsidenten abgewiesen, indem ausgeführt wurde: Der Besitzer des Grundstücks habe erklärt, daß die Versammlung ohne seine Zustimmung angeündigt worden sei. Unter diesen Umständen wäre ohne weiteres bei einer Genehmigung mit Rechts-widrigkeiten zu rechnen gewesen. Aber auch bei einer Zustimmung des Besitzers hätte mit einer Störung der öffentlichen Sicherheit gerechnet werden müssen. Erstens sei der vor-handene Zugangsweg ein Interessenweg, den die Anlieger eventuell hätten sperren können. Auch deshalb sei anzunehmen, daß das Auffuchen des Versammlungsortes nicht ohne Verletzung fremder Rechte vor sich gegangen wäre. Ferner sei der Versam-mlungsplatz nur sieben Morgen groß. Schließlich müßten noch einige kleine Holzgerien herhalten, die in einem ganz anderen Orte an einem Tage vorgekommen waren, an welchem dort eine Versammlung unter freiem Himmel geplant war, wegen Verbots durch den zuständigen Amtsvorsteher aber nicht stattfinden konnte.

Linde sagte und wies vor allem nach, daß der Besitzer des Grundstücks die schriftliche Erlaubnis zur Vernehmung seines Grundstücks gegeben hatte. Unter anderem machte er geltend, daß nicht nachgewiesen sei, daß auch nur einer der Anlieger die Vernehmung des Interessentenweges unterlagte habe.

Das Oberverwaltungsgericht hob den Bescheid des Regierungs-präsidenten auf und erklärte das Verbot der Versammlung für nicht

gerechtfertigt. Es steht auf dem Standpunkt, daß die Ver-  
hauptung der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, wegen der  
eine Versammlung unter freiem Himmel nur verboten werden könnte,  
durch Tatsachen belegt sein müsse, aus denen sich nach vernünftigen  
Ermaßen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr er-  
gebe. Was in diesem Falle geltend gemacht sei, sei nicht aus-  
reichend, das Verbot zu rechtfertigen.

### Offiziersentlassung wegen Respektierung des Gesetzes.

Von dem Ehrengericht im Landwehrbezirk Mühlheim a. Ruhr  
wurde der Rechtsanwalt und Notar Dammann aus Oberhausen als  
Oberleutnant der Landwehr mit schlichtem  
Abchied entlassen, weil er einen anderen Reserveoffizier,  
der ihn in einem Briefe beleidigt hatte, nicht zum Duell ge-  
fordert hatte. Dieser andere Reserveoffizier, ein Kaufmann K.,  
war früher mit dem Rechtsanwalt Dammann befreundet. Als K.  
aber dem Rechtsanwalt 20 000 M. unterschlug, brach dieser den Ver-  
kehr ab. Die Folge war der beleidigende Brief. Obwohl nun  
Rechtsanwalt D. nachweist, daß sämtliche in dem beleidigenden Brief  
aufgestellten Behauptungen unwahr waren, und daß K. nicht  
nur ihm 20 000 M. unterschlug, sondern auch andere um erheb-  
liche Beträge betrogen hatte, wurde er dennoch mit schlichtem  
Abchied entlassen, weil er es unterlassen habe, sich gegen  
K. die „handesgemäße Vergeltung“ zu verschaffen! Und dies  
Urteil wurde bestätigt, trotzdem sich vorher K. erhob und nach  
seinem Tode von ihm begangene umfangreiche Unterschlagungen,  
Wechselschwindungen usw. ans Tageslicht kamen!

Der Ober, die Offiziersdeputierten zu tragen, geht in unserem  
Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte also verlustig, wer der  
Meinung ist, daß ihn die brieflichen Insulten eines Defraudanten  
und Wechselschwinders nicht beleidigen können. Wer die Ehr-  
begriffe eines vernünftigen Menschen teilt und die  
Bestimmungen des Strafgesetzbuchs respektiert,  
wird rücksichtslos aus dem Offizierskorps aus-  
gestoßen!

### Schwarze Listen in Staatsbetriebe.

Die „Deutsche Industriezeitung“ behauptet, auf Grund  
authentischer Urkunden, daß bei der sog. preussischen Wauverwaltung  
das System der schwarzen Listen eingeführt ist. Diese Maßnahme  
richtet sich in erster Linie gegen die bei der Wauverwaltung auf Privat-  
dienstvertrag angestellten Bautechniker, Architekten, Landmesser,  
Zeichner usw. Sobald einer von ihnen aus irgend einem — oft nur  
geringfügigem — Grunde sich mißliebiger gemacht hat und deshalb ge-  
fährdet ist, ergeht gegen ihn ein Verbot, sich an sämtliche  
Behörden, der eine weitere Anstellung im Staatsdienst un-  
möglich macht.

Die „Industriezeitung“ ist in der Lage, eine ganze  
Reihe derartiger Urkunden im Wortlaut widerzugeben. Aus diesen  
geht hervor, daß es keineswegs nur ehrenrührige oder schwere Ver-  
gehen, sondern oft ganz geringfügige Differenzen sind, die den Erlaß  
einer solchen Protestkündigung zur Folge haben.

Die Zahl der auf die Liste gesetzten Techniker betrug bei der  
Wauverwaltung im Sommer 1909 achtzehn Namen. Fast al-  
lmonatlich kamen neue hinzu.

### Die liberale Bremer Bürgerschaft gegen ein demokratisches Wahlrecht.

In der gestrigen Sitzung der Bremer Bürgerschaft kam  
folgender, von der sozialdemokratischen Fraktion gestellter Wahlrechts-  
antrag zur Verhandlung:

„Die Bürgerschaft beschließt für die Wahlen zur Bürgerschaft  
das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle  
über 20 Jahre alten Männer und Frauen einzuführen und die  
Wahlen nach dem Verhältnisystem vorzunehmen. Sie ersucht den  
Senat, dem Beschluß zuzustimmen.“

Die Genossen Rhein und Henke begründeten den Antrag, der  
aber nach längerer Debatte von den Liberalen kurzerhand abgelehnt  
wurde.

### Eine Spionengeschichte

macht zurzeit in Württemberg viel von sich reden. In Friedrichs-  
hafen an Bodensee wurde ein französischer Genieoffizier namens  
Charles Eugen Luz unter dem Verdacht der Spionage verhaftet,  
nach Stuttgart transportiert, vom Stuttgarter Amtsgericht dann dem  
Reichsgericht überwiefen. Ein deutscher Generalstabsoffizier soll dem  
Franzosen durch Oesterreich und die Schweiz nachgereist sein. Als  
dann der Franzose in Friedrichshafen wieder deutschen Boden betrat,  
habe ihn der deutsche Offizier verhaften lassen. Das Gepäck und  
die Papiere des französischen Genieoffiziers sollen noch in Oesterreich  
irgendwo sein.

### Frankreich.

#### Eine Eisenbahnerversammlung.

Paris, 8. Dezember. Die Eisenbahner hielten in der  
Arbeitsstätte zum ersten Male seit dem Zustand einer Ver-  
sammlung ab, in der ein Beschlusstritt angenommen wurde,  
worin sie gegen die Verhaftung der Streikführer  
und gegen die Entlassung von Eisenbahnern, die am  
Streik teilgenommen haben, protestieren. Die Teilnehmer am  
Streik erklären sich solidarisch und sprechen ihre Bereitwilligkeit aus,  
alles zu tun, um die Gesellschaften zur Wiederanstellung der Ent-  
lassenen zu zwingen. Schließlich wird Einspruch erhoben gegen das  
Urteil des Schwurgerichts von Rouen.

### Portugal.

#### Ein nuzreichendes Gesetz.

Lissabon, 8. Dezember. Die provisorische Regierung hat ein  
Gesetz über die Ausstände veröffentlicht. Danach wird  
das Streikrecht sämtlichen Arbeitern mit Ausnahme der in  
den Diensten der Regierung stehenden Arbeiter zuerkannt. Die Aus-  
ständigen müssen aber ihre Absicht, in den Streik zu treten, vorher  
ankündigen und zwar die Arbeiter in den Wasser-, Gas- und  
Elektrizitätswerken zwölf Tage, die übrigen Arbeiterkategorien  
acht Tage vorher.

Man sieht, die revolutionäre Regierung zeigt in diesen Ein-  
schränkungen ihren bürgerlichen Charakter sehr deutlich.

### China.

#### Die konstitutionelle Bewegung.

Peking, 8. Dezember. Die Mitglieder des Reichs-  
ausschusses verlangen dringend irgend eine Form von  
repräsentativer Regierung und zwar noch vor  
Vertagung des Reichsausschusses, dessen Sitzungen bis zum  
21. Januar verlängert worden sind. Die Regierung ertvägt  
das Ersuchen sorgfältig.

### Aus der Partei.

#### Gemeindewahlerfolge.

Bei der Gemeindevahl in Aken a. E. gelang es unseren  
Parteilgenossen, trotz einer sehr starken Wahlbeteiligung der Gegner,  
die in unserem Besitz gewesene dritte Abteilung (acht Mandate)  
von neuem zu erobern.

Auch in Württemberg beteiligten sich unsere Genossen mit  
bestem Erfolge an den Gemeindevahlen. In Oberkochen  
brachten unsere Genossen ihre vier Kandidaten zum Bürger-  
ausschuß glatt durch, in Reckargartach fielen uns von sechs

Mandaten vier zu, in Schramberg drei, in Gmünd drei,  
in Schwaitheim drei, in Tuningen und Oberndorf  
je ein Mandat. Es geht vorwärts auf der ganzen Linie.

### Vom Fortschritt der Presse.

Einen recht erfreulichen Erfolg kann die Magdeburger  
„Volkstimme“ konstatieren: Seit Beginn dieses Jahres hat sich die  
Zahl der Abonnenten um 6000 erhöht. Die letzte  
wirtschaftliche Krise hatte auch auf den Abonnentenstand unseres  
Magdeburger Parteiblattes einen äußerst ungünstigen Einfluß aus-  
geübt. Die Zahl der Abonnenten, die vor der Krise bis auf 24 000  
gesunken war, sank bis auf 20 000. Jetzt hat die „Volkstimme“  
ihren früheren Abonnenten-Stand um rund  
2000 überstiegen.

### Polkzelliges, Verächtliches usw.

#### Der verbotene Matlung.

In Essen hatte der Polizeipräsident zum 1. Mai einen Matlung  
verboten. Die „Arbeiterzeitung“ brachte danach verschiedene Auf-  
forderungen zur Teilnahme an der Matlung. Daraus konstruierte  
die Staatsanwaltschaft die Aufforderung zu einem verbotenen  
Matlung. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur der „Ar-  
beiterzeitung“, Genossen Steinbüchel, zu 20 M. Geldstrafe, einen  
anderen Genossen, der den Aufzug „geleitet“ haben sollte, zu der-  
selben Strafe.

Dem Staatsanwalt war diese Strafe zu gering, er legte Ver-  
suchung ein und hatte das Vergnügen, daß die Strafkammer seinen  
Deduktionen folgte und die Strafe auf 50 M. erhöhte.

### Aus Industrie und Handel.

#### Presse und Kapital.

In seiner Nr. 208 vom 12. November unterrichtete der  
„Vorwärts“ seine Leser an der Hand der Aktien über die eigen-  
artige Affäre mit dem Elektrizitätswerk zu Veltzen i. Mark. Im  
Handelsteil des bürgerlichen Pressewaldes blieb es zunächst still.  
Schließlich, nach 14 Tagen, kam die „Frankfurter Zeitung“ mit  
einem anscheinend aus offizieller Quelle stammenden Artikel, mit  
dem der Versuch gemacht wird, die ganze Affäre als harmlos  
erscheinen zu lassen. Das unabhängige Organ unternimmt es  
sogar, dem „Vorwärts“ resp. der sozialdemokratischen Parteipresse,  
die den Vorgang an der Hand des einwandfreien offiziellen Akten-  
materials schilderte, Einseitigkeit vorzuwerfen. Das läßt sich  
schließlich zu auf die Praxis, die Interessen der Gesamtheit — nicht  
zu verletzen. Und wirft man Einseitigkeit vor und läßt das  
durch unwahre Behauptungen. Die Frankfurterin bemerkt, die  
Lahmeyer-Gesellschaft habe das Veltener Elektrizitätswerk durch  
ihre Tochterunternehmen, die Deutsche Gesellschaft für elektrische  
Unternehmungen, ausführen lassen. Eine gemeinsame Aufsicht-  
verwaltung der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Lahmeyer und der  
Deutschen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen hat aber  
am 27. Juni 1898 unter Punkt 2 ihrer Tagesordnung beschlossen:  
„Das Elektrizitätswerk in Veltzen wird von der E. A. G. für  
Rechnung der Deutschen Gesellschaft gebaut und betrieben. Die  
E. A. G. leistet der Deutschen Gesellschaft auf die Dauer von fünf  
Jahren eine Garantie der sechsprozentigen Verzinsung nach drei-  
prozentiger Amortisation des gesamten Kapitals.“ Aus diesem  
Beschlusse des Aufsichtsrats geht doch hervor, daß der Auftrag für  
das Veltener Werk von der Lahmeyer-Gesellschaft zur Konzeptions-  
„bewertung“ an ihre Tochtergesellschaft gegeben wurde, um dieser  
eine regelmäßige Jahreseinnahme zuzuführen zu lassen, die durch-  
aus nicht gerechtfertigt war, denn der ganze Bau- und Betriebs-  
auftrag blieb in den Händen des Lahmeyer-Unternehmens.

Die „Frankf. Ztg.“ kommt ganz allgemein auf Grund des  
Schiedsspruches zu der Auffassung, daß es besser gewesen wäre,  
wenn sich die ganze Angelegenheit in anderer Weise abgewickelt  
hätte, als dies tatsächlich der Fall gewesen ist. Gegen Agrarier  
wird das Blatt wohl nicht solche schonende Milde zeigen. In seiner  
eigenen Entschuldigung meint es noch, der Vertrag lasse es an  
der wünschenswerten Klarheit fehlen. Schon solche Feststellung  
muß aber ein eigenartiges Licht auf ein großes Unternehmen  
werfen, das nicht einen, sondern hundende solcher Verträge ab-  
schließt.

Das Bemerkenswerteste an dem ganzen elektrischen Vorher-  
geschäft ist jedoch, daß die Lahmeyer-Gesellschaft das ihr vertraglich  
nicht zustehende und vorgesehene Recht, für Fremdbeteiligungen  
Zustimmungen zu erheben, sich auf die Art verschaffte, daß sie von  
Handwerkemeistern in Veltzen über den wirklichen Betrag und  
außerdem künstlich erhöhte Rechnungen ausschreiben ließ, und  
dieser zur Grundlage der Buchungen des Veltener Werkes machte.  
Bei der Verberung um den Bau und den Betrieb hatte die Ge-  
sellschaft ausdrücklich erklärt, daß sie alles selbst herstelle. Die  
„Frankf. Ztg.“ ist so naiv, trotzdem an der Praxis der Gesellschaft  
nichts Anstößiges zu finden.

Daß die bürgerliche Handelspresse ihre Leser nicht davon  
unterrichtet, wie keine Kommunen über den Köffel verbiert  
werden, das spricht Bände. Gerade hier wäre Gelegenheit, fest-  
zustellen, wie die Gemeinden durch die Organisation des privaten  
Großkapitals ausgebeutet werden. Im Anschluß daran lassen  
sich Forderungen aufstellen, um die Gemeinde vor Ueberverteilung  
und vor Verzug zu schützen. Aber die sonst so eifrigen Verfechter  
der kommunalen Selbstverwaltung schweigen in allen Sprachen.

### Auf Kosten des Volkes.

Die Ausfuhr Deutschlands an Brotgetreide und Mehl in den  
ersten fünf Monaten der beiden letzten Erntejahre, beginnend mit  
dem 1. August, betrug in Doppelzentner

Roggen . . . . .	3 561 810	1 981 624
Weizen . . . . .	2 829 859	1 577 987
Roggenmehl . . . . .	785 634	460 955
Weizenmehl . . . . .	670 708	646 829

Jede Tonne Ausfuhr an Getreide kostet dem deutschen Volke 50  
respektive 55 M., die von den Exporteuren als Ausfuhrprämie ein-  
gesteckt werden.

### Kunst wird gewünscht.

Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat  
schloß, wie jetzt bekannt wird, mit der preussischen Staats-  
Eisenbahnverwaltung angeblich auf Grund der kürzlich  
neu festgelegten Preise einen Lieferungsvertrag für das Rechnungsjahr  
1911/12 ab. Bei früheren Abschlüssen ist dem Syndikat durch  
die Öffentlichkeit in seine eigenartige Preispolitik hineingeblüht  
worden. Bekanntlich vollzog es kurz vor dem Zusammenbruch der  
letzten Hochkonjunktur noch mit dem preussischen Eisenbahnzentralamt  
einen dreijährigen Kohlenlieferungsvertrag, in dem die damals  
noch mißsam gehaltenen Hochkonjunkturpreise für alle drei Jahre  
festgelegt wurden. Dies geschah zu einer Zeit, als jeder halbwegs  
Sinnige schon mit Sicherheit das kommende Sinken der Preise  
voraus sagen konnte. Kechnlich verfuhr man bei den  
Kohlenlieferungsverträgen mit dem Reichsmarineamt. Die  
„Hamburger Nachrichten“, eine getreue Vertreterin der  
Syndikatsinteressen, drohten damals, es müsse mit der Möglichkeit  
gerechnet werden, daß das Syndikat in einem Kriegsfall  
eventuell an die Marine keine Kohlen liefere, wenn sich das Marine-  
amt unterlasse, statt der teuren deutschen die billigeren schottische  
Kohle zu kaufen.

Jetzt verlor das Kohlenyndikat die Methode, von seinen  
großen Abschüssen mit Staatsämtern überhaupt nichts mehr  
bekannt werden zu lassen. Nicht einmal die Rheinisch-  
westfälische Zeitung, die dem Syndikat sehr nahe steht, kann über  
die näheren Bedingungen der Lieferung eine Auskunft erhalten!  
Wenn auch behauptet wird, daß die Lieferung zu den kürzlich erst

festgelegten, erniedrigten Preisen erfolgt sei, so besagt das gar nichts.  
Wenn das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat nicht reden will,  
dann muß die Regierung sprechen! Sie muß mitteilen,  
zu welchen Preisen und Bedingungen der Abschluß erfolgte. Das  
Volk will wissen, wie viel es den Syndikatsgewaltigen zahlen muß.

### Soziales.

#### Vorurteil gegen Streikende.

Gestern fand vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III  
der Schmiedegeselle Paul Schmidt, der Verurteilung eingelegt hatte  
gegen ein Schöffengerichtliches Urteil, welches ihm eine Woche Ge-  
fängnis auferlegte, weil er während des Schmiedestreiks einen  
Arbeitswilligen mißhandelt haben soll. Versuchte Nötigung und  
Körperverletzung hatte das Schöffengericht angenommen.

Der Strafkammervorsitzende, Landgerichtsdirektor Liebenow,  
begrann die Vernehmung des Angeklagten so: Also es wurde ge-  
streikt, der Zeuge Bachhaus arbeitete weiter, und Sie, Angeklagter,  
suchten in der üblichen Art den Mann auf Ihre Seite zu bringen.  
Die übliche Art ist die, daß der Mann bedroht wird, wie wir es  
wöchentlich hier kennen zu lernen Gelegenheit haben. Sie haben  
vor der Schmelde herumgelungert und den Zeugen gefragt, ob er  
dort arbeite. Wenn mich einer so gefragt haben würde, dann hätte  
ich geantwortet: Was geht das Dich an, mach dich Du fortkommst!  
— Sie haben während des Streiks nicht gearbeitet; Sie suchten  
sich auch keine andere Arbeit, sondern saßen untätig in der Stadt  
herum.

Als der erste Zeuge, der angeblich mißhandelte Arbeitswillige  
Bachhaus, vernommen werden sollte, sagte der Vorsitzende beim  
Hinweis auf die Bedeutung des Eides: Sie müssen die reine  
Wahrheit sagen, nicht zugunsten, aber auch nicht zugunsten des  
Angeklagten von der Wahrheit abweichen. Es kommt ja vor, wenn  
ein Streik vorbei ist und die Gemüter sich wieder beruhigt haben,  
zu einem Zeugen gesagt wird: Na, Adoff, mach mal ein Quatsch  
und sage so aus, daß der Paul nicht verurteilt wird. Das wissen  
wir aus Erfahrung, daß es so gemacht wird. Ober: Wenn Du bei  
Deiner Aussage bleibst, dann kannst Du Deine Knochen  
numerieren, dann steigt Du so viel, daß Deine Leide in keinen  
Sarg paßt. — Auch das kommt vor. — Also sagen Sie die Wahr-  
heit. Ich weiß ja nicht, ob Sie an Gott glauben, aber ich kann  
Ihnen versichern, da oben ist einer, der Ihre Gewissen quälen wird,  
wenn Sie unter dem Eide die Unwahrheit sagen. Außerdem sind  
wir da, die den Meißel mit schwerer Strafe anhaben.

Zur Sache selbst ergab die Verhandlung folgendes: Der  
Arbeitswillige Bachhaus ist nach dem Verlassen der Werkstatt von  
einigen Leuten, die ihm folgten, angesprochen und von einem ge-  
schlagen worden. Er kannte den Mann nicht, der ihn schlug. Er  
hat später von seinem Meister gehört, ein vorübergehender Sand-  
käufer habe gesehen, daß sich der dem Sandkäufer gut bekannte  
Angeklagte Schmidt unter den Leuten befand, welche dem Arbeits-  
willigen folgten. Dieser will dann in Schmidt den Mann wieder-  
erkannt haben, der ihn schlug. Der Sandkäufer Berger bekundete  
auch als Zeuge seine Wahrnehmung. Dagegen behauptet der An-  
geklagte, er habe den Arbeitswilligen nicht nur nicht geschlagen,  
sondern er sei zur fraglichen Zeit überhaupt nicht an dem be-  
treffenden Ort gewesen. Wenn ich dabei gewesen wäre, würde ich  
es auch zugeben“ versichert der Angeklagte auf die eindringlichen  
Vorhaltungen des Vorsitzenden.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oscar Cohn, plädierte in  
erster Linie auf Freisprechung, da ein direkter Tatbeweis nicht  
erbracht sei. Falls das Gericht aber trotzdem die Tat für erwiesen  
halten sollte, wäre nur eine unbedeutende Täuschlichkeit in Frage  
kommen, die mit einer geringen Geldstrafe hinreichend gesühnt  
wäre.

Das Gericht verwarf die Verurteilung. Die der Vorsitzende in  
der Urteilsbegründung ausführte, hält das Gericht den Angeklagten  
nicht nur der versuchten Nötigung in Idealkonkurrenz mit Körper-  
verletzung, sondern auch des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-  
ordnung schuldig.

Wer nun noch kein Vertrauen zur Vorurteilslosigkeit gelehrter  
Richter hat, ist ein unverbesserlicher Wahrheitsfischer.

### Das vertragsbrüchige Modell.

Gegen den Photographen Sunkalski klagte gestern beim Ge-  
werberichter ein bei ihm als Modell beschäftigt gewesenes Fräulein  
im Bekande ihres jetzigen Arbeitgebers, des Photographen Sielaff.  
Die Klägerin fordert 79,15 M. rückständigen Lohn und Herausgabe  
eines ihr gehörenden Kopfes. Der Beklagte hat im Wege der  
Widerklage eine Schadenersatzforderung von 750 M. geltend ge-  
macht. Die Klägerin war mit ihm einen frhestens zum 1. April  
1911 mit vierzehntägiger Frist kündbaren Vertrag eingegangen.  
In diesem hatte sie sich verpflichtet, sich während dieser Zeit von  
niemandem als ihm photographieren zu lassen. Die Klägerin, führt  
Beklagter an, sei aber schon nach wenigen Wochen zur Konkurrenz  
zurückgegangen und somit kontrahbrüchig geworden. Als Schaden  
mache er nur so viel, als die Klägerin Gehalt bekommen haben  
würde, geltend, nämlich nur 125 M. für jeden Monat des Ver-  
tragsbruchs, obwohl sich der Schaden auf etwa 2000 M. pro Monat  
belaufe. Denn es sei ihm, obwohl er wiederholt im „Lokal-An-  
zeiger“ inseriert habe, nicht gelungen, wieder ein Modell zu be-  
kommen. Obendrein sei die Klägerin ein besonders gutes Modell,  
das nicht leicht zu ersetzen sei. Diesen Behauptungen hält die  
Klägerin entgegen, daß sie zur Lösung des mit dem Beklagten ein-  
gegangenen Vertrages durch den Rechtsanwalt ihres jetzigen Ar-  
beitgebers, bei dem sie vorher beschäftigt war, angehalten worden  
ist. Das Vertragsverhältnis mit diesem war noch nicht rechtmäßig  
gelöst, als sie beim Beklagten eintrat. Im übrigen sei sie zur  
vorzeitigen Lösung des mit dem Beklagten eingegangenen Arbeits-  
verhältnisses berechtigt gewesen, weil sie dieser mit einem Aus-  
tätlich beleidigt habe. Auch habe ihr es nicht gefallen, daß sie sich  
von ihm immer aus- und anfeinden lassen sollte.

Das Gericht vertrat die Ansicht, daß die Klägerin, wenn sie  
noch anderweitig in einem Vertragsverhältnis stand, ein neues bei  
dem Beklagten nicht hätte eingehen dürfen. Nachdem sie es aber  
getan habe, sei sie auch für die vorzeitige Lösung verantwortlich  
zu machen. Der Auf könne als eine gräßliche Beleidigung nicht  
angesehen werden, nachdem die Beweisaufnahme ergeben habe, daß  
sich auch die Klägerin ziemlich frei und ungeniert mit entblößtem  
Oberkörper im Atelier des Beklagten bewegt habe. Damit mag sie  
den Beklagten zu dem Auf herausgefordert haben. Das Gericht  
empfahl den Parteien, sich dahin zu einigen, daß Beklagter die  
Verpflichtung zur Herausgabe des Kopfes anerkenne und im übrigen  
beide Parteien auf ihre gegenseitigen Ansprüche verzichten. Dieser  
Vorschlag wurde angenommen.

Die vom Gericht ausgesprochene Ansicht dürfte durchaus unzu-  
treffend sein. Nimmt man auch mit dem Gericht an, das Modell  
sei gewerbliche Gehilfin gewesen, so rechtfertigte die Aufhäre die  
Aufhebung des Vertrages. Es heißt die Dinge auf den Kopf stellen,  
wenn man die doch im Interesse und auf Verlangen des Beklagten  
erfolgte Entlösung zugunsten der Klägerin wertet. Ein wider  
Willen gegebener Auf ist auch der Entblößten gegenüber eine  
große Beleidigung.

# Gewerkschaftliches.

## Ein Staatsanwalt als Lobspender der gewerkschaftlichen Organisationen.

Im Münchener Schweinefleischgewerbe herrscht seit Wochen Gewitterlage. Die Donner Justizias trachen um manche alte Stammfirma. Hässliche Gewohnheitsünden rächen sich. Dem Arbeiterpublikum, das auf billige Würstware angewiesen, legt man jahrelang Erzeugnisse vor, die auf unglaublich ekelhafte Art zustande kamen. Die Münchener Gerichte haben nun schon eine ganze Reihe dieser Geschäfte verurteilt und verhängten Geldstrafen bis zu 1500 M. Auch am vergangenen Montag stand wieder eine Firma vor dem Landgerichte München. Sie hatte Stier- und Schweineaster zu Streichwürst verarbeitet lassen. Auch Fleischstücke, die in der Metzgerei 8 bis 14 Tage im Eislofen gehängt, schwarz geworden waren und übel rochen, wurden verarbeitet. Brät, das infolge der schlecht funktionierenden Würstspitze auf die Maschinentheile und auf den Boden fiel und voll Maschinöl und Rost war, wurde wieder verwendet. Einmal wollte ein Gehilfe dieses Brät, weil es schon ganz schwarz war, wegwürfen. Aber der Geschäftsinhaber meinte bieder und fromm: „Tu's nur nei; moant denn, daß ma dös im Hausen no lennt?“ Eine andere Firma verarbeitete angelaufene, nicht mehr verkäufliche Würst wieder zu nagelneuen usw.

Wer hat nun dafür gesorgt, daß diese Schweinefälle gereinigt wurden? Es war die Organisation der Fleischergehilfen, die diese Zustände der Öffentlichkeit unterbreitete und sich dafür den Dank breiter Konsumentenschichten erworb. Selbst der Staatsanwalt betonte in einem Plädoyer, daß die Metzgergehilfenbewegung auf die Verhältnisse im Münchener Charcutiergewerbe lustrifizierend gewirkt habe und daß durch sie schlimme Mißstände beseitigt worden seien.

O Staatsanwalt! Das tun die Organisationen der Arbeiter in allen Gewerben. Wer sie aber nichtdestoweniger am heftigsten verfolgt, das ist der Staatsanwalt!

### Berlin und Umgegend. Ein alter Bekannter.

Wir meldeten gestern, daß ein gewisser Buhmare? in der Bankstraße 33 zu Berlin den Dresdener Metallindustriellen Arbeitwillige „Antigewerkschaftler“ angeboten habe. Jetzt teilt man uns mit, daß der Gentleman nicht Buhmare?, sondern Kahmare? heiße. Es ist ein alter Freund des bekannten Herrn Lebius. Beide haben sich wiederholt geschlagen und vertrogen. Kahmare? scheint die Kenntnisse, die er sich im Lebius'schen Betriebe erworben hat, mit einer kleinen Modifikation nach dem Hinkelchen Rezept geschäftlich zu verwenden zu wollen. Der Mann hat als Werkzeug des Herrn Lebius erfahren, wie leicht man auf diese Manier von den hartleibigsten Industriellen Geld herauszögen kann. Was Wunder, wenn er sich selbständig macht!

### Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter in Würzen ist beendet. Mit der Firma Zimmermann u. Kreiter wurde ein Tarif abgeschlossen, der für Buchbinder, Präger, Walzer und für einen Teil Kartonnagenarbeiterinnen Garantielöhne bei Akkordarbeit vorsieht. Für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Lohn wurden Mindestlöhne vereinbart. Die Verlängerung der Arbeitszeit beträgt 1 1/2 Stunde pro Woche. Die Garantielöhne variieren zwischen 900—1200 M. jährlich. Bei der Firma Krauer kündigten am 30. November 34 Arbeiter und Arbeiterinnen von etwa 60 Beschäftigten. Erst dann beantragte sich die Firma, 10 Proz. Lohnerhöhung ab 1. Dezember zu bewilligen. Eine feste Vereinbarung durch Tarifabschlüsse konnte wegen der schwachen Organisation der Arbeiter nicht erreicht werden, die Kündigten nahmen das Zugeständnis an.

### Die Lehrverträge der Vielesfelder Wäscheindustrie.

Eine wichtige Entscheidung fällt das Gewerbegericht Vielesfeld, es erklärte die Lehrverträge der Wäscheindustriellen für ungültig. Die Lehrverträge in der Vielesfelder Wäscheindustrie verlangen fast alle eine zweijährige Lehrzeit, während eine eigentliche Lehrzeit bei den Rührerinnen höchstens ein Jahr, bei den Pläterinnen nur zwei bis drei Monate notwendig und sonst auch üblich ist. Nach dieser wirklichen Lehrzeit arbeiten die Wäscherbeterinnen zu den üblichen Akkordlöhnen, sie sind keiner Lehrmeisterin mehr unterstellt, ja sie bilden teilweise sogar schon selbst wieder Lehrlinge aus. Es handelt sich also bei den Vielesfelder Verträgen lediglich um Scheinverträge.

Als der Streik in der Vielesfelder Wäscheindustrie ausbrach, haben auch diese „Lehrmädchen“ die Arbeit eingestellt. Ein Unternehmer wandte sich an die Polizeibehörde und verlangte auf Grund des § 127 der Gewerbeordnung die zwangsweise Zurückführung der Lehrlinge. Die Polizeibehörde lehnte dieses Ersuchen ab, weil der Lehrvertrag nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche. Eine Beschwerde des Unternehmers beim Regierungspräsidenten blieb erfolglos, da der Regierungspräsident die Entscheidung der Polizeibehörde für zutreffend erklärte. Nunmehr klagte die Firma beim Gewerbegericht gegen zwei Arbeiterinnen. Sie verlangte auf Grund des § 127 der Gewerbeordnung eine Entscheidung, in dem einen Falle 108.—M., im anderen 99.20 M. Das Gericht kam zur Abweisung der Klagen. In der mündlichen Begründung hieß es:

„Ein Lehrvertrag verlangt, um gültig zu sein, daß die Lehrzeit ausschließlich oder doch hauptsächlich der Ausbildung dient.“

Das ist bei diesen Verträgen nicht der Fall, sie müssen deshalb für ungültig angesehen werden.“

Diese Entscheidung ist von großer Bedeutung für die Arbeiterschaft, da zurzeit Hunderte von diesen Verträgen in der Vielesfelder Wäscheindustrie existieren und bisher immer hierdurch die Freizügigkeit der Arbeiterinnen unterbunden wurde. Auch vielen diese Verträge bei den Verhandlungen im gegenwärtigen Streik eine Rolle, da die Wäscherbeterinnen auch in ihren Forderungen die Befreiung dieser Lehrverträge gefordert haben.

Der Fächergewerksverein, welcher seit vielen Monaten keine Monatsrechnungen mehr veröffentlichte, bringt in seiner letzten Nummer endlich die Abrechnung für den Monat Oktober.

Es wurden an die Hauptkasse nach Offen abgeliefert 87 843 M. 107 Zahlstellen haben nicht abgeliefert. Auf diesem Wege eilt der gelbe Fächergewerksverein von Sieg zu Sieg — rückwärts. Die Streikbrecher gehen ihrem Bankrott entgegen. Der in jeder Nummer des „Vergnagens“ folgende alte Verband vereinnahmte dahingegen für den Monat Oktober 1910: an Mitgliederbeiträgen 175 888, an Extrabeiträgen 26 552 M., Gesamtsumme 201 940 M., mithin mehr 114 597 M.

Im Monat Oktober 1909 betrug die Einnahme des Bergarbeiterverbandes an Mitgliederbeiträgen 142 296 M., das ist eine Mehreinnahme für Oktober 1910 von 59 704 M. Dabei zeigt sich immerzu aufsteigende Bewegung.

### Gelbe Wahlmache.

Bergweisse Mittel werden von den Unternehmern angewandt, um den unausbleiblichen Zusammenbruch der gelben Herrlichkeit heranzu. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.:

nach außen zu verdecken. Bekanntlich wurde nach dem großen, für den Metallarbeiterverband verlorenen Kampf in der Nähmaschinenfabrik von Seidel u. Raumann in Dresden eine sogenannte Freie Vereinigung der Metallarbeiter aus den Arbeitswilligen gebildet. Jeder in den Betrieb eintretende Arbeiter mußte dieser gelben Vereinigung beitreten. Dabei wurde der größte Terrorismus angewandt. Aber nur wenige Jahre hat es gedauert, und die ganze gelbe Herrlichkeit ist schmächtig zusammengebrochen. Der Metallarbeiterverband hat heute wieder zahlreiche Mitglieder im Betriebe. Jetzt sollte nun die Vertreterwahl zur Betriebskassensatzung stattfinden. In den letzten Jahren beteiligten sich die meisten Arbeiter nicht daran. Sie ließen, um Wahrgelungen zu vermeiden, die Gelben schalten. Eine vom Metallarbeiterverband einberufene Betriebsversammlung war von circa 600 Arbeitern besucht. Der Beginn der Versammlung, in der die Wahl stattfinden sollte, war drei Tage vorher durch Ausschlag im Betrieb auf 16 Uhr festgesetzt worden. Als Wahllokal war ein kleiner Raum in einer Gastwirtschaft, der höchstens 60 Personen faßt — bei einer Arbeiterzahl von circa 2000 — angegeben. Um 5 Uhr ist Fabrikschluß. Aber eine Anzahl sicherer Gelben erhielten schon um 16 Uhr die Erlaubnis zum Verlassen der Fabrik. Sie besetzten das Lokal und nahmen die Wahl vor. Zehn Minuten vor dem angeordneten Anfang der Versammlung schloß der Vorsitzende, der Proturist und Stadtrat Baumann, die Wahlhandlung. Draußen auf der Straße standen 5—600 Arbeiter, die in die Versammlung wollten. Natürlich ist die Wahl ungültig.

Der Vorfall zeigt, daß man selbst nicht vor offenen Ungehörlichkeiten zurückschreckt, wenn es sich darum handelt, unter allen Umständen den Schein aufrechtzuerhalten, als hätten die Gelben in dem Betrieb noch die Mehrheit.

### Ein Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis

bereitet sich im Malergewerbe in Mannheim-Ludwigs-hafen vor. Der § 11 des Reichsarbeitsgesetzes für das Maler- und Tünchergewerbe sieht die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen vor. Die Unternehmerorganisation im Malergewerbe, die dem Industrie-Arbeitsnachweis der Scharfmacher angeschlossen ist, weigerte sich, bei der Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises mitzuwirken. Das Gutarifamt in Frankfurt a. M. verurteilte am 24. März dieses Jahres die Unternehmer, „in tündlicher Verschleierung“ den Arbeitsnachweis mitzuwirken zu erlauben. Daraufhin traten die Meister mit der Gehilfenorganisation in Verhandlungen ein. Nach monatelanger Beratung stimmten die Vertreter der Unternehmer und die der Arbeiter einer Vorlage zu, die die Angliederung eines paritätischen Nachweises an den städtischen Arbeitsnachweis vorsah. In einer Unternehmerversammlung aber wurde die Vorlage einstimmig abgelehnt und beschlossen, beim Scharfmacher-Arbeitsnachweis als Mitglied zu verbleiben. Die Satzungen des Tarifs betrachten sie nicht als für sich bindend. Die frei- und christlich organisierten Maler und Tüncher beschlossen nun, im kommenden Frühjahr den Kampf gegen die Unternehmer um den paritätischen Arbeitsnachweis zu eröffnen.

### Ausland.

#### Gewonnener Streik in Warschau.

Nach neunwöchigem Streik nahmen die Arbeiter der Fabrik „Gulian“, die in einer Anzahl von 1900 Mann streikten, die Arbeit auf, nachdem einige von ihren Forderungen erfüllt wurden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Amerikanische Politiker über das Stimmrecht der Frauen.

Im Urteilen über die Wirkungen des Frauenstimmrechts aus einer Reihe Meinungsäußerungen haben wir folgende hervor: So urteilt Senator Warren aus Wyoming folgendermaßen: „Ich bemerke, daß die Presse die Tatsache zu verstehen beginnt, daß die Emanzipation der Frauen befruchtend wirkt. Wir haben das Frauenstimmrecht in Wyoming seit 40 Jahren. Es bewährt sich gut von Anfang an, und ist seither für uns etwas so Natürliches geworden, daß es schwer ist, sich den Staat ohne dasselbe vorzustellen. An Hand der Praxis hat jeder Widerstand seit vielen Jahren aufgehört. Die Frauen interessieren sich und stimmen für öffentliche Angelegenheiten mit dem gleichen Verständnis wie die Männer. Sie fällen passend die öffentlichen Ämter aus, für die sie sich eignen, und sie haben niemals versucht, solche zu erringen, für die sie nicht befähigt sind. Das Amt der obersten Behörde für öffentlichen Unterricht wird nun seit fünf Jahren vorzüglich durch eine Frau verwaltet. Viele der Kreisinspektoren, Sekretäre und Finanzbeamten sind Frauen.“

Es gibt zwei Wege, das Frauenstimmrecht zu erlangen; erstens, der gesetzgebende Körper eines jeden Staates kann den Wählern die Frage vorlegen, und wenn sie die genügende Mehrheit erlangt, so sind die Frauen jenes Staates wahlberechtigt. Zweitens kann der Kongreß der Vereinigten Staaten mit 2/3-Mehrheit den gesetzgebenden Körperschaften aller Staaten den Antrag vorlegen, und wenn 3/4 derselben ihn genehmigen, wären die Frauen der ganzen Union berechtigt, unter denselben Bedingungen wie die Männer zu wählen.

Senator Keller aus Colorado meint: „Wir haben das Frauenstimmrecht seit 1898. Wenn die Frage den Wählern heute noch einmal vorgelegt würde, so wäre eine Opposition kaum bemerkbar. Ich selbst trat erst dafür ein, als ich die segensreiche Wirkung in Wyoming sah. Wyoming's Erfahrung hat Colorado zum großen Teil beeinflusst. Sowohl unsere Staats-, wie Distrikts-Schulbehörden sind jetzt selbstverständlich immer Frauen. Frauen verwalteten diese Ämter mit hervorragendem Geschick, besser als die Männer, die ihnen vorangingen. Der Jugendrichter Lindsey in Denver wäre wahrscheinlich nicht wiedergewählt worden, wenn die Frauen nicht für ihn gewirkt und ihm ihre Stimme gegeben hätten. Die Frauen nähmen jedoch am meisten in den Wählerversammlungen; diese wagen es nicht, Männer von schlechtem Charakter aufzustellen, weil sie wissen, daß die Frauen nicht für sie stimmen werden. Es wäre z. B. unmöglich, einen Mann, der übermäßig trinkt, für irgendein Amt in unserem Staate gewählt zu sehen, seitdem die Frauen wählen. — Das Frauenstimmrecht wirkt ebenso gut in Dender mit seinen 200 000 Einwohnern, wie in den Randdistrikten. Die Ordnung und der Anstand in den Wahllokalen hat sich sehr verbessert, seitdem die Frauen dabei sind. Die Männer von Colorado gaben den Frauen das Stimmrecht, ohne daß diese große Anstrengungen machten, es zu erlangen. Wir haben gerade jetzt eine Frau in unsere gesetzgebende Körperschaft gewählt. Die Frauen haben bereits in der gesetzgebenden Körperschaft mit ebensolchem Verdienst und Geschick wie die Männer gearbeitet. Das Frauenstimmrecht hat bei uns Feind der Uebel verursacht, das die Gegner prophezeit hatten.“

Der Abgeordnete French aus Idaho gestand, daß er ein Gegner des Frauenstimmrechts war, als es 1898 von seinem Staat angenommen wurde. Durch praktische Erfahrung jedoch ist auch er bekehrt worden. Er meint, es habe den moralischen Ton des politischen Lebens im ganzen Staat gehoben, besonders in der Distriktpolitik. 40 Proz. der Wähler sind Frauen, sie sind unabhängiger als Männer. Sie wählen die Kandidatenliste nicht so, wie sie vorgeschlagen wird, wenn sie nicht die einzelnen Kandidaten billigen; sie sind frei von blindem Parteigeist, der zuweilen Männer dazu führt, für jemand zu stimmen, dessen Leumund schlecht ist, nur weil er auf ihrer Parteiliste steht. Mr. French glaubt, daß ein Amendement zur Unionsverfassung jetzt außer Frage steht, und er hält es für nötig, wegen des erzieherischen Wertes fortgesetzt darauf zu dringen.

Senator Sutherland aus Utah sagt: „Ich bin ein Anhänger des Frauenstimmrechts, da ich die praktische Wirksamkeit desselben in unserem Staate während der letzten 12 Jahre beobachtet habe. Wir haben es, seit wir im Jahre 1896 Staat geworden sind und es hat den ganzen Charakter unserer Politik gehoben. Es wählten

ebenso viele Frauen wie Männer, sie separieren sich niemals auf Grund geschlechtlicher Interessen. Es hat nie die geringste Reizung bestanden, eine Frauenpartei zu bilden. Die Frauen haben ein besonders lebhaftes und wohlthätiges Interesse an unseren Erziehungsfragen genommen. Sie haben nie versucht, Vemter zu erlangen, für die sie nicht geeignet waren. Das Frauenstimmrecht hat gleich segensreich in Salt Lake City, wie in den ländlichen Distrikten gewirkt. Die Frauen sind mehr als Männer geneigt, einen schlechten Mann von der sonst guten Liste zu streichen. Die einmal aufgestellte Liste beeinflusst sie nicht so sehr wie die männlichen Wähler.“

Zum Schluß sei noch die Ansicht Senator Burrows aus Michigan mitgeteilt, eines Staates, wo die Frauen nur das Stimmrecht für Schulanangelegenheiten haben. „Ich glaube prinzipiell an das Frauenstimmrecht. Es gibt keine gesetzmäßigen Gründe, warum Frauen nicht wählen sollten. Der Versuch zum Amendement ist gegenwärtig untunlich. Der beste Weg ist es, Staat für Staat durchzulämpfen, bis eine Mehrheit dafür gewonnen ist. Dann würde Aussicht sein, das Amendement im Kongreß mit 2/3-Mehrheit durchzubringen und in solchen Fällen wäre es möglich, die Befähigung durch 2/3 der Staaten zu sichern.“

## Verfassungen.

### Des Volkes Wille das oberste Gesetz

lautete ein Thema, über das Genosse Wilhelm Düwelle, draußen im Viertel der Millionäre, im „Tiergartenhof“ referierte. Wie groß das Interesse an dem genannten Thema war, zeigte der überraschend starke Besuch. Der große, helle und freundliche Saal war voll besetzt und unter den Anwesenden sah man viel bürgerliches Publikum, das aufmerksam den Ausführungen der Redners lauschte, der seinen Vortrag unter stürmischem allseitigem Beifall zu Ende führte. — Als erster Redner in der Diskussion probierte sich ein versammlungsnotorischer Schwärzer, Wolf, der seine krausen Ideen entwickelte und zuletzt den — Juden die Schuld an den herrschenden Zuständen zuschob. Ein Hohngelächter aus der Versammlung fogte ihn von der Tribüne.

Dann nahm Genosse Dr. Moses das Wort, der in wirk-samer Weise die Ausführungen des Referenten ergänzte und große Zustimmung und dröhnenden Beifall erntete.

Dr. Eden in Bab, Mitglied der Demokratischen Vereinigung, betonte, daß trotz prinzipieller Unterstützung der Kampf einmütig gegen die Reaktion geführt werden müsse. Im Falle einer Stichwahl hoffe er, daß die Sozialdemokratie Mann für Mann für den Demokraten eintreten werde. Umgekehrt würden sie natürlich ebenso handeln und dem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen.

Genosse Publi? erklärte, daß er es nicht begrüßen könne, daß in einem Wahlkreis, in dem der sozialdemokratische Kandidat Aussicht habe, zu siegen, ein Gegenkandidat aufgestellt werde. Aber auch sonst lösten bestimmte Handlungen der Demokratischen Vereinigung Bedenken aus, so die Zersplitterungsversuche durch Gründung eines Verbandes für Handlungsgehilfen und Gehilfinnen. Ein solches Vorgehen sei nicht gut zu heißen. Dies trage Verwirrung in die Reihen der kaufmännischen Angestellten, für die eine Organisation bestehe, die ihren wirtschaftlichen Fragen voll und ganz gerecht werde. Wenn die Handlungsgehilfen eine Besserstellung erreichen wollen, dann nur, indem sie sich der allgemeinen Arbeiterbewegung anschließen und bei der nächsten Reichstagswahl einmütig für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. (Großer Beifall.)

Dr. Bab erklärte noch, daß er und seine politischen Freunde mit der Neugründung eines kaufmännischen Verbandes nichts zu tun hätten.

Mit einem fulminanten Schlusswort des Referenten, der der Polizei, als unserem besten Agitator, ausdrücklich seinen herzlichsten Dank ausdrückte, schloß die imposante Versammlung, nachdem noch Träteroto einige zündende Worte an die Anwesenden gerichtet hatte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im „Tiergartenhof“ tagende öffentliche politische Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten W. Düwelle einverstanden. Die zahlreich anwesenden Männer und Frauen beschließen, mit aller Energie für die Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Reichstagswahl einzutreten, damit endlich des Volkes Wille das höchste Gesetz werde.“

Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie und ihren Kandidaten Düwelle zerstreuten sich die Teilnehmer.

## Gerichts-Zeitung.

### Schuß gegen Schulleute.

Wegen Körperverletzung im Ante ist am 31. August vom Landgericht Münster i. W. der Polizeisergeant Paul Kreienbaum in Dortmund zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte nur 150 M. Geldstrafe beantragt. Er hatte eines Abends die Arbeiter B. und W. wegen Verdachts, ruhestörender Lärm verübt zu haben, festgenommen. Er wollte sie zum Arrest-lokal bringen und sagte: „Wenn wir sie verhaften, geht es besser.“ Er schlug B. mehrfach mit dem Säbel und verletzte ihn am Handgelenk. Im Arrestlokal brachte er auch dem W. erhebliche Verletzungen bei mittels des Säbels. Später hat er den Verletzten Schmerzensgeld gezahlt. Der Angeklagte will „sinnlos erregt“ gewesen sein. — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgerichte verworfen.

## Letzte Nachrichten.

### Die Wahlen in England.

London, 8. Dezember. (W. L. W.) Bis 10.30 Uhr abends waren gewählt: 136 Liberale, 189 Unionisten, 26 Vertreter der Arbeiterpartei, 45 Anhänger Redmonds und 5 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewannen 12, die Unionisten 19 und die Arbeiterpartei gewann 4 Sitze. Der Führer der Arbeiterpartei, Barnes, wurde in Glasgow mit einer Mehrheit von 1278 Stimmen wiedergewählt.

### Die Differenzen im englischen Schiffsbaugewerbe.

London, 8. Dezember. (W. L. W.) Es ist ein Abkommen unterzeichnet worden, das den Streit im Schiffsbaugewerbe beilegt, doch bedarf es der Befähigung durch eine Abstimmung der Arbeiter. Wenn diese Abstimmung ein günstiges Resultat haben sollte, wird die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden. Nach dem Abkommen soll ein aus drei Mitgliedern jeder der beiden Parteien zu bildender Ausschuh bei Arbeitseinstellungen eine Entscheidung fällen. Falls die Mitglieder des Ausschusses sich nicht einigen können, soll von ihnen ein unabhängiger Unparteiischer ernannt werden, dessen Entscheidung als endgültig anzusehen ist. Wer auch immer vom Ausschuh als verantwortlich für einen Bruch des Werkstoffkommens in Verbindung mit einer Arbeitseinstellung befunden wird, soll, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, nach den Bestimmungen der bezüglichen Organisation abgeurteilt werden.

Stadtverordneten-Versammlung.

35. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michalet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung des neugewählten Stadtverordneten Handelsrichter Unger.

Die Besprechung der Denkschrift des Magistrats über den Stand der Verkehrsfragen

wird fortgesetzt.

Dazu ist in der vorigen Sitzung der Antrag Kronz eingelaufen:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, in der, entsprechend dem Projekt des Herrn Baurats Krause, durch den Durchbruch der Bohlstraße nach der Viktorialstraße neue Verkehrswege geschaffen werden.

Stadtv. Dr. Preuß (soz.-fortsch.): Als das bedeutendste Moment aus dem ersten dramatisch sehr lebhaft bewegten Teil der Debatte betrachte ich das unbedingte Bekenntnis des Oberbürgermeisters zum Bau und Betrieb von Bahnen von Stadt wegen. Der Beschluß von 1900 genügt eben nicht mehr; „jezt hilft kein Mundspinnen, es muß gepfliffen sein“, zumal das Zukunftsbild eines kommunalen „Groß-Berlin“ jezt, wenn auch unvollkommen, in Sicht gekommen ist. Wir müssen Groß-Berliner Verkehrsprobleme lösen, wenn wir nicht die Leitung in Groß-Berlin verlieren sollen. Das Bohlstraßenprojekt erscheint mir in diesem Zusammenhang nicht von der ihm zugeschriebenen Bedeutung; ich kann den Durchbruch nicht für so zwingend notwendig ansehen, daß ich die Verschwendung des Tiergartenviertels mit betrauern möchte; darum lehne ich den Antrag Borgmann ab. Den übertriebenen Straßenbauanstrich teile ich nicht; denn wir leben schon jetzt an einer Straßenbahnhypertrophie, die an den Anotenpunkten unseres Verkehrs eine Verkehrsnot erst schafft. Welche unmögliche Stauung und Stöckung des Verkehrs auf der Strecke vom Potsdamer Platz bis zur Bohlstraße durch die Kreuzung der Königsbergerstraße in so unmittelbarer Nähe des Potsdamer Platzes entstehen würde, hat heute eine Darlegung der „Vossischen Zeitung“ sehr anschaulich gemacht. Der natürliche Weg des großen Verkehrs von Osten nach Westen im Norden der Leipziger Straße geht vom Schloßplatz durch die Werder- und Französische Straße; er läuft sich tot an einem künstlichen Hindernis: den Ministerialgärten. So unüberwindlich dieses Hindernis erscheint, es mühte alles versucht werden, es zu überwinden. Im Süden der Leipziger Straße ist das Hindernis der Potsdamer Bahnhof und der Potsdamer und Anhalter Bahnkörper. Auf diese Fragen geht auffälligerweise der Minister der öffentlichen Arbeiten mit keinem Worte ein. Der Potsdamer Bahnhof mühte verlegt und der Verkehr unterirdisch bis zum Potsdamer Platz geleitet werden. Es würde auch ein brillantes Terraingeschäft sein; ist denn kein Haberland da, es zu machen? Durchgeführt werden kann das Projekt nur durch den Staat in Verbindung mit der Stadt.

Zu den Untertunnelungsplänen der „Großen“ muß die Stadt gleichfalls Stellung nehmen, aber natürlich nicht im Sinne der Pläne der „Großen“, sondern zur Lösung der Probleme der unterirdischen Verbindung der Vorortstraßen. Daß das Verhältnis der Stadt zur „Großen“ ein Hemmnis für die Lösung des Verkehrsproblems ist, ist richtig; die Schuld daran aber trägt doch der Staat, insbesondere das Eisenbahnministerium, durch die Verlängerung der Konzession der „Großen“ bis 1949. Eine fruchtbarere Verkehrspolitik ist in Berlin nur möglich, wenn unser großer Bruder Staat seine falsche Frontstellung an der Seite der Aktiengesellschaft zugunsten der Stadt aufgibt. Es geht doch nicht, daß Staat und Stadt weiter leiden, während nur Lantime und Dividende Vorteil haben. Die Linie Gesundbrunnen-Rixdorf sollte weder die A. E. G. noch Siemens-Schubert besitzen. Die Notwendigkeit städtischer Linien ist doch die Hauptsache. Bleibt es dabei, daß Stadt und Gesellschaften sich in den Bau und Betrieb teilen, so wird schließlich immer die Stadt das Risiko tragen, die Gesellschaften aber werden den Vorteil haben. Darum sollte sich die Stadt von jezt an das Eigentum an den neuen Verkehrsprojekten sichern; unter diesem Gesichtspunkt könnte sogar die Schwebbahn an landwirtschaftlichem Reiz gewinnen. Das ist zwar alles Groß-Berliner Verkehrsprobleme, aber eine andere läßt sich angeht das Zwangsverbandsproblem nicht mehr treiben.

Oberbürgermeister Kirschner: Ich pflege mich mit dem Erreichbaren zu beschäftigen, denn die Erfahrung lehrt, daß man, wenn man sich mit Nichterreichbarem beschäftigt, Erreichbares verjährt (Zustimmung). Es ist Ihnen bekannt, daß die Direktion der „Großen“, gezeichnet „Mide“, eine öffentliche Erklärung erlassen hat, anknüpfend an die von mir in der letzten Sitzung getane Äußerungen. Die Direktion entnahm ihre Information aus den Zeitungen und glaubte anknüpfen zu können an das Wort, daß sie die Verlängerung der Konzession „erschließen“ habe. Ich habe dieses Wort nicht gebraucht; der stenographische Bericht enthält es nicht. (Redner verliest den Text seiner Äußerung.)

Kleines feuilleton.

Ein „Phalanstère“ für reiche Leute. Die genossenschaftliche Idee macht auch in Kreisen, die als sozial-individualistisch gelten, merkwürdige Fortschritte. Wer hat bestiger die sozialistischen „Gestirne der Familie“ verflucht, das „Kasternen-Ideal“ des Phalansteriums verhöhnt, als der französische Bourgeois? Und nun wird just in der Umgebung von Paris ein Unternehmen erachtet, das eine Vermittlung der fourierischen Utopie auffallend ähnlich sieht, mit dem Unterschied freilich, daß es nur für eine beschränkte Zahl von Wohlgelehrten der heutigen sozialen Ordnung bestimmt ist. Der Arzt Théron hat eine Organisation gegründet, die den Genossenschaftlern alle „bürgerlichen Freuden“ verschaffen soll. Die Genossenschaft, die den geschmacklosen Namen „Homo-Lux“ (homo ist die englische Bezeichnung für Heim, lux steht für luxu = Luxus) führt, hat die über 70 Hektar große Domäne des Schlosses von Mesnuls bei Versailles angekauft. Das Schloß stammt aus der Zeit Ludwigs XIII. Es soll indes nicht den Genossenschaftlern, sondern nur ihren gelegentlichen Besuchern zur Unterkunft dienen. Für die Pensionäre werden in einem Teile des Parks 100 kleine Villen errichtet. Jede hat ein reserviertes Gärtchen. Ein Zentralgebäude enthält Speisefäle mit gemeinschaftlicher Tafel und kleinen Sälen, große und kleine Salons, Rauch- und Billardzimmer, Lesesaal, einen Wintergarten, Säle für Hydrotherapie und eine Badeanstalt. Bier- und Gemüsegärten, eine schattige Waldpromenade, ein Krankenpavillon mit eingerichtetem Pflegedienst ergänzen die Einrichtungen. Aber auch für Sport und andere Vergnügungen ist Sorge getragen. Der Preis für diese verfeinerte Schloßherberge ist für Leute, deren Lebensgewohnheiten sich auf diesem Niveau befinden, verhältnismäßig gering. Für 6000 Fr. jährlich werden diese Privilegierten eine Villa für sich allein, mit Telefon, mit allen Wohlzeiten, mit Beleuchtung, Heizung, Wäsche, Krankenbehandlung usw. und vollständiger Bedienung haben. Ein Familienmitglied ist als Mitbewohner zugelassen, auch wird gegen eine mäßige Pension ein Privatdiener von der Genossenschaft erhalten. Man sieht, die Freunde des Schlosses von Mesnuls sind nur begünstigter Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft vorbehalten. Aber ist das „Luxusheim“ nicht ein — sozialistisches Zukunftsbild?

Die Urgeschichte der Medizin ist durch die Ausgrabungen in Vorderasien um eine große Summe neuer Entdeckungen bereichert

Unser Standpunkt ist der, daß die „Große“ die Konzession bis 1949 nicht erbitten und sich nicht erteilen lassen durfte, wenn sie ernstlich gewillt war, ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen und gegenüber zu erfüllen, weil wir einen vertragsmäßigen Anspruch auf Ueberlassung des Bahnkörpers und auf Selbstbetriebs nach 1919 hatten. Dadurch, daß sie die Verlängerung erlangte, hat sie den Versuch gemacht, sich selbst unmöglich zu machen, die Verpflichtungen uns gegenüber zu erfüllen. Bei den richterlichen Entscheidungen mußte auch die Frage, ob ein Einpruchrecht der Straßenbahn aus dem Gesichtspunkte der Konkurrenz überhaupt besteht, geprüft werden, und das Reichsgericht hat ausgeführt, daß vom Kammergericht richtig ausgeführt sei, daß das Streben der Klägerin allerdings dahin ging, den Bau von Konkurrenzbahnen auszuschließen, daß sie dies aber nicht erreicht, die Beklagte vielmehr sich volle Freiheit vorbehalten und die Klägerin sich durch Abschluß der Verträge unterworfen hat. (Hört fort!) Das ist die klare Feststellung, daß jener Anspruch im Prinzip verworfen ist. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Auch wir können den Antrag Borgmann nicht akzeptieren. In überwiegender Mehrheit lehnen wir das Bohlstraßenprojekt überhaupt ab. So utopisch scheint mir die Durchlegung der Französischen Straße — man könnte auch an die Ragerstraße denken — doch nicht; der Magistrat sollte ein solches Projekt ausarbeiten und den Behörden einreichen. Auch die Preussischen Vorschläge bezüglich der Potsdamer und Anhalter Bahn können wir nur begrüßen. Auch eine Schwebbahn will mir nicht „für eine Großstadt unerträglich“ vorkommen; im Vergleich mit einer Hochbahn hat sie viel weniger Bedenken gegen sich. Mit 40 Millionen würde sie ins Leben gerufen werden können; die Untergrundbahn auf derselben Strecke käme auf 100 Millionen zu stehen; 60 Millionen Anlagensumme würden also gespart werden. Der Magistrat sollte daher tropaladem das Projekt nochmals ernstlich prüfen. In der Besthafragefrage ist noch nichts geschehen, obwohl der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin in zwei bis drei Jahren fertig sein wird. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (R. L.): Der Schwebbahn habe ich hier zuerst das Wort geredet, werde mich aber hüten, darüber jezt etwas zu sagen, wo wir gegen unseren Willen ein solches Projekt aufgehalten bekommen sollen. (Zustimmung.) Der Ministerbrief vom 12. November sagt uns mit dürren Worten, daß wir nach der Ablehnung des Bohlstraßenprojektes zu den Tunnelprojekten der „Großen“ Stellung nehmen müssen. (Widerspruch.) Was die „Große“ betrifft, so erkläre ich persönlich schon heute, daß ich bereit bin, nach 1919 auch den Betrieb der „Großen“ Straßenbahn zu übernehmen. Ich verweise auf die Resultate der von uns betriebenen Siemens-Linien, an die städtische Verwaltung der Wasserwerke, Gasanstalten usw. Wer hindert uns denn übrigens, innerhalb der Stadtverwaltung einen Organismus zu schaffen, der uns für die Straßenbahn dieselbe Beweglichkeit verschafft, wie sie einer privaten Gesellschaft eigen ist? In der Bohlstraßenfrage lasse ich mich doch mehr von den Verkehrsgelehrten des Magistrats und Ministeriums leiten. (Zuruf des Stadtv. Rosenow: Regierungskommissar!) Kollege Kommissar, Sie sind der Letzte, einen solchen Vorwurf zu erheben. Gegen die Tunnelprojekte ist der Bohlstraßen durchbruch die einzige Waffe. (Widerspruch.) Der Antrag Borgmann ist ja gegenüber der ablehnenden Haltung der Magistratsmehrheit und ihres Führers Dr. Reide eine leere Demonstration; dennoch stimme ich für ihn. Die Ministerialgärten bekommen wir ja doch nicht, und wollen Sie wirklich warten, bis Potsdamer und Anhalter Bahnhof verlegt sein werden? Da können Sie lange warten. Das Schlimmste ist, daß nachdem der Kaiser sich 1908 auf die Seite der Stadt gestellt hat, jezt die Stadt Reine sagt. Ich würde den Tag segnen, wo wir in den Besitz der „Großen“ kämen, mühte es selbst mit einem Opfer sein. (Lebhafter Widerspruch und Lachen.) Es gehört nur Mut dazu. (Vielseitiger Zuruf: Und Geld! Große Heiterkeit.) Ich habe es noch nicht erlebt, daß der Oberbürgermeister so von der Mehrheit des Magistrats und der Versammlung verlassen wurde; ich stelle mich rückhaltlos auf seinen Standpunkt.

Stadtv. Cassel (R. L.): Ob Herr Rosenow mit seiner Stellungnahme uns den Kauf der „Großen“ erleichtert, steht doch sehr dahin. Wenn man mit einem Kontrahenten ein Geschäft machen will, darf man sein Gebot nicht zu laut auf dem Markt ausschreien. Die Rentabilität von Betrieben, die die Kommune übernehmen soll, muß, wenn auch nicht von allem Anfang an, so doch auf die Dauer gesichert sein, will man nicht die Finanzen einer Stadt zerrütten. Gegen den Antrag Borgmann ste immen wir, weil das Projekt uns allen, auch den ursprünglichen Freunden, immer bedenklicher erschienen ist, weil wir aber vor allem dem Magistrat das Opfer der Ueberzeugung nicht zumuten können.

Die Zwangsverbandsvorlage kennen wir ja heute noch gar nicht im einzelnen. Wenn das Zwangsgeß kommt, sind aber die Interessen Berlins schwieriger zu schützen, wenn aus unseren eigenen Reihen ein solcher Vorwurf ertönt. (Beifall.) Stadtv. Labowitz (R. L.) wendet sich gegen die Ausführungen der Kollegen Borgmann und Rosenow in bezug auf das Bohlstraßen-

worden. Während bis jezt die ägyptischen Urkunden, namentlich der berühmte Papyrus Ebers, als die ältesten medizinischen Ueberlieferungen gelten, ist ihnen nunmehr durch die Funde in Assyrien und Babylonien der Vorrang abgelaufen worden. Man weiß jezt, daß schon unter der Regierung des in letzter Zeit so häufig genannten Königs Hammurabi vor rund 4100 Jahren eigene Gesetze für das Arztgewerbe erlassen wurden, worin beispielsweise die Höhe der Honorare für verschiedene Operationen festgesetzt wurde. Sogar an das Auge wagten sich die damaligen Ärzte schon heran, um den Star zu operieren. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese hohe Entwicklung der Medizin zu jener Zeit eine mächtige Wirkung auf die Nachkommen ausübte, und ohne Zweifel sind sowohl die Ägypter wie die alten Juden (Moses), sowie endlich auch der Griechische Hippokrates durch die assyrischen Ueberlieferungen unmittelbar gefördert worden. Die solange im Brauch gewesene Gewohnheit, den Hippokrates als den eigentlichen Vater der Medizin zu betrachten, hat somit eine starke Erschütterung erfahren, und man muß diesen berühmten Mann vielmehr als einen Höhepunkt einer langen Entwicklung annehmen. Noch weiter in die Vergangenheit führt die Untersuchung vorgeschichtlicher Gräber zurück, die gelehrt hat, daß man sogar damals schon vor einschneidenden Operationen nicht zurückschreckte. Insbesondere steht es fest, daß in vorgeschichtlicher Zeit bereits Schädelöffnungen (Trepanationen) ausgeführt wurden. Außerdem haben die Altertumskundlichen zu der Erkenntnis geführt, daß viele der meistverbreiteten Krankheiten der Gegenwart schon vor Jahrtausenden die Menschheit geplagt haben, unter ihnen die Tuberkulose, die Blinddarmentzündung, Nieren- und Gallensteine, die Augenentzündung (Trachom), sowie die Gelenkentzündung, wahrscheinlich auch die Syphilis, diese freilich nur in Südamerika.

Wegen Jhs-Beleidigung verurteilt. Aus Paris wird uns geschrieben: Das Lesekomitee der Comédie Française hat ein Drama La Foi (Der Glauben) von Brieux abgelehnt, weil es — die altägyptischen Götter lästert. Die Kunstfunktionäre des Nationaltheaters haben sich offenbar die Ehre des Wirbels durch „Roger“, die ihnen die Unzufriedenheit der gutgütigen Gesellschaft einbrachte, zu Herzen genommen und wollen jezt nicht nur die katholische Religion, sondern in Anbetracht der Solidarität der Priesterschaften auch die der heidnischen Vergangenheit und Vordringlichkeit schämen. Allerdings läßt eine Mitteilung P. G. Lagonis in den „Droits de l'homme“ diese Feinfehlung einigermaßen erklärlich erscheinen. In seinem ersten Entwurf spielte nämlich die Handlung nicht in einem ägyptischen

projekt; die große Mehrheit der Neuen Linken wisse dem Magistrat für die Ablehnung Dank und sehe die Klagen über die Verkehrsstände am Leipziger und Potsdamer Platz als sehr übertrieben an.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Der Oberbürgermeister hat vor acht Tagen eine Ueberzicht über die Gründe gegeben, welche die Verschleppung der Verkehrsprojekte erklären. Das Bohlstraßenprojekt hat uns aber überhaupt nicht beschäftigt, die Verschleppung ist da im Magistrat selbst erfolgt. Wenn er das Verfahren des Magistrats nun ritterlich verteidigt, so wird dadurch sachlich nichts geändert. Die Nord-Südbahn hatte auch eine lange Reihe von Schwierigkeiten durchzumachen, und auch hier ist die Verschleppung zum Teil im Magistrat herbeigeführt worden, weil man sich von gewisser Seite über die schon gefassten Gemeindebeschlüsse einfach hinwegsetzte. Die Rede des Kollegen Dr. Preuß ist mir schon etwas magistratsfromm, ist mir schon etwas als eine Programmrede vorgetommen (große Heiterkeit); daß er dabei sehr glücklich operiert hätte, kann ich nicht sagen.

Es handelt sich bei dem Bohlstraßenprojekt nur darum, die Linien, welche unnötigerweise Potsdamer Platz und Leipziger Straße betreffen und dann nach der Mauer und Charlottenstraße abzulenken, schon vorher durch die Bohlstraße abzulenken. Sicherlich sind solche Unternehmungen nur im Einvernehmen von Staat und Stadt durchzuführen. Für den Augenblick aber sind doch diese Fragen überhaupt nicht aktuell. Es besteht aber ein Gemeindebeschlusse, die Bohlstraße nach der Rennstraße durchzulegen; insoweit hatte auch Bürgermeister Dr. Reide keinen Anlaß, uns zu erklären, der Magistrat hätte gar keine Veranlassung, uns von seiner Stellungnahme zu dem Projekt Mitteilung zu machen. Daß die dreimalige Ablehnung durch den Magistrat verhindert, der Sache nochmals näher zu treten, verhehe ich nicht. Die Verkehrsdeputation hat ebenfalls wiederholt fast einstimmig den entgegengesetzten Beschluß gefaßt. In schmählicher Weise ist der Oberbürgermeister vom Magistrat im Stich gelassen worden. (Vorsitzer Michalet rügt diesen Ausdruck.) Wenn vor 10 oder 15 Jahren unserer Anregung Folge gegeben wäre, die „Große Berliner“, also die noch Pferdebahn war, zu erwerben, dann hätten wir die heutigen Schwierigkeiten nicht. Welche schwere Entbindung der freiwillige Zweckverband war, weiß doch auch Herr Cassel ganz genau; darauf kann er sich jezt nicht berufen. Sie tragen eben gerade die Schuld an der jetzigen Lage, weil Sie niemals bereit waren, den richtigen Moment zu erfassen; die Klagen des Oberbürgermeisters sind in dieser Beziehung nur zurechtigt. Ein Rückschein war unser Beschluß von 1901, nach dem keine neuen Bahnen mehr Privaten übertragen werden sollten; aber wie hat sich seitdem alles geändert! Selbst in der Audienz abgegebene Erklärungen haben nicht innegehalten werden können. Die Fädel des Zwangsverbands haben Sie durch Ihr Verhalten redlich verdient! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Stapf (R. L.) hält die momentane Lage zu gegenseitigen Reframinationen nicht für angehen. Der Wettbewerb von Groß-Berlin hat gezeigt, daß, was jezt noch eifrig umstritten wird, in wenigen Jahren bittere Notwendigkeit geworden sein dürfte. Die Denkschrift sollte nach der Seite des ergänzt werden, daß man den drei Preissträgern des Wettbewerbs ermöglichte, ihre großen Projekte dem Magistrat und der Versammlung im einzelnen vorzuführen.

Stadtv. Goldschmidt (R. L.) schließt sich im ganzen den Ausführungen von Preuß und Stapf an.

Damit schließt die Beratung. Der Antrag Kronz wird in namentlicher Abstimmung mit 78 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Die Versammlung nimmt den Magistratsbericht zur Kenntnis.

Das städtische Schreunendiertelgelände

So jezt an die „Neue Bodenaktiengesellschaft“ für 6 700 000 M. verkauft werden. Nach dem Kaufvertragsentwurf werden am Auffassungstage nur 10 Proz. der Kaufsumme vor gezahlt, der Rest soll bis 1. Januar 1916 getundet und bis dahin mit 3 1/2 Proz. verzinst werden. Auf die Wertzuwachssteuer soll die Stadt verzichten. An das Angebot hält sich die Gesellschaft bis zum 15. Januar 1911 gebunden.

Stadtv. Böser (R. L.) beantragt Ausschusberatung. Da die Gesellschaft sich nur bis 15. Januar 1911 gebunden habe, solle man den Ausschuss sofort ernennen. Ich wurde gestern auf der Börse gefragt, ob es noch Zweck habe, 300 000 M. mehr zu bieten; es mühten aber nach meiner Meinung schon 500 000 M. mehr sein. Den Erlaß der Wertzuwachssteuer muß ich monieren; eine Steuer, die wir selbst eingeführt haben, können wir nicht einfach erlassen; sie würde aber bei etwa 18 Proz. 400 000 M. betragen.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Es heißt in der Begründung, die Ursachen des Mangels an günstigen Angeboten lägen in der allgemeinen schlechten Konjunktur und an dem Handwerkerstreik. Ich hätte das nicht geglaubt, wenn ich es nicht schwarz auf weiß gesehen hätte. Dieses Geß ist lediglich gegen die Kaufspekulant gerichtet; wenn dadurch der Preis herabgefallen wäre,

Heiligtum, sondern in Lourdes ab und der enthaltene Pfaffen-schwindel war der in dem Bhrnänort mit dem „Bunder“ der Vernadotte betriebene. Der durchaus nicht freidenkerisch unerfüllliche Vrienz hat kein Drama indes total umgearbeitet, um sein Kergernis zu geben. Auch ist die Tendenz nicht weniger als religionsfeindlich, vielmehr bekennt sich der Autor zu der schönen Maxime, daß für die Armen im Geist der religiöse Hofuspolus wohlthätig und notwendig sei. Aber die edle Moral: Die Religion müsse dem Volk erhalten werden, hat dem Ethik democh keinen Pardon erwirkt. Es liegen eben die Analogieschlüsse vom Hundst der Leute von Memphis auf den anderer Leute allzu nahe.

Humor und Satire.

Der Duellprofessor.

Früher defundiert er seine Ehre Mittels der gefüllten Intenöröde Oder aber mit dem dito Monte. Heute greift er tüchtig zur Pirtaule.

Statt wie sonst mit hochgelahrten Wörtern Einen Streitfall sachlich zu erörtern, Knallt er jezo mit dem Sälehgewehr Löcher in die deutsche Atmosphäre.

Solcherweise ist der Herr Professor Nicht mehr Wäher, sondern Eisenfresser, Weil er sich als Leutnant der Reserw Keinen Lusch gefallen lassen darf.

Und wir öffnen unsre Preukenlehle Num harmonischen Durrogegröle. Dell ihm, der den Segner unshemert Ad absurdum mit dem Knallschiff führt.

Notizen.

— Musikchronik. Das fünfte Sonntagskonzert des Schiller-Theaters, das am Sonntag, mittags 12 Uhr, stattfindet, wird ausschließlich Werke von Mozart bringen.

— Das Marionettentheater München-Künstler bereitet für die Weihnachtszeit eine Neuaufführung der „Zauberberge“ vor. Es ist dies jenes an Verwandlungen und Humor sehr reiche Märchenpiel des Grafen Pocci, zu dem Professor J. Pradi die Figuren und Dekorationen fertigt.

Hätten wir es demnach nur mit Hauspekulanten zu tun gehabt. (Lurche.) Dieses einstimmig vom Reichstage angenommene Gesetz hier in solchem Sinne anzuführen, ist in der Tat ganz außerordentlich auffällig. Der Magistrat hätte uns doch im einzelnen nachweisen sollen, warum ein Sinken festgefunden hat; das war doch mindestens zu verlangen. Dann soll die Wertzuwachssteuer den Wert der Grundstücke herabgedrückt haben. Wenn solche Behauptungen aufgestellt werden, müssen sie durch Tatsachen bewiesen werden. Heute wird in manchen Berliner Gegenden der zehnfache Preis gezahlt wie vor 5 oder 10 Jahren. Gewiß sind die Gegenden verschieden, aber wie kann man uns eine Vorlage so oberflächlich begründen? Das heißt doch geradezu, das Geld der Stadt zugunsten von Privatgesellschaften hinauszuerufen. Weshalb wollen wir die Behauptung des Geländes nicht in eigene Regie nehmen? (Rufe: Ah!) Wir brauchen eine Reihe von Grundstücken, wir brauchen ein Bibliotheksgebäude, höhere Mädchenschulen usw. Wenn der Anfang des Baus auch nur mit einigen Grundstücken durch die Stadt gemacht würde, wäre das schon ein Vorteil. Und wo bleibt der

#### Hygienische Gesichtspunkte?

Wie verwenden 10-20 Millionen darauf, einen unhygienischen Stadteil zu sanieren; jetzt verkaufen wir ihn ohne die geringste Gewähr, daß nicht die alten Zustände wiederkehren! (Zurufe.) Nein, wir selbst sollen die Baupolizei sein; hier haben wir ein Terrain, wo wir die Macht haben, hygienisch zu bauen. In dem Vertrag wird aber nicht das Geringste vorgeschrieben, nur daß eine nette Fassade sein muß. Also: Auchen hui, innen psui!

Solchen Vertrag habe ich wirklich noch nicht gesehen. Viele sagen, es solle doch endlich gebaut werden. Jawohl, fangen wir doch an, die andern werden schon nachkommen. Im Vertrage steht kein Satz, wann gebaut werden muß; die Gesellschaft kann machen, was sie will, kann verkaufen und den Käufern überlassen, zu bauen, wann sie wollen. Es geht soweit, daß das Kaufgeld, abgesehen von einem Trinsgeld, erst am 1. Januar 1916 gezahlt werden soll! Manchmal baut ja der Magistrat sehr langsam, aber zu einem Privathaus würde auch er nicht 6 Jahre gebrauchen. Wenn wir banten, würden wir früher fertig. Die Kurve der Grundstückspreise geht überall, auch im Scheunenviertel, mit geringen Unterbrechungen in die Höhe; glaubt denn einer von uns, daß die Gesellschaft auch nur einen Pfennig unter dem Preis von vor drei Jahren losgeschlagen wird? Hier soll das Geld der Steuerzahler preisgegeben werden. Vor kurzem sollten wir noch 8 1/2 Millionen kriegen, jetzt heißt es, wir kriegen 6,7 Millionen. Aber das ist auch nur Schein. Es sollen abgeben die 120 Anliegerbeiträge; das macht ungefähr 700 000 M. Das Kaufgeld ist dann doch bloß noch 6 Millionen. Weitere Kosten, die der Stadt auferlegt sind, nicht dem Käufer, sind die Asphaltierung und Beleuchtung zweier Straßen und die Herstellung von Schmutzkanälen.

Wie kam man das einer Käuferin in den Vertrag schreiben? (Zuruf: Weil sie sonst nicht kauft!) Vor solchen Fiskalisten würde sich ein Großkaufmann hüten. Aber es kommt noch besser! In § 13 ist ausgemacht, daß die Wertzuwachssteuer nicht vom Käufer oder späterem Käufer, sondern von der Verkäuferin getragen werden soll. Die Steuer liegt zwischen 5 und 10 Prozent; je länger der Verkauf hinausgeschoben wird, desto höher die Steuer. Es könnte, wenn die Gesellschaft geschickt operiert, und der Vertrag beweist ja schon ihre außerordentliche Geschicklichkeit, so kommen, daß wir 5 Millionen Wertzuwachssteuer verlieren, ja daß wir schließlich noch etwas zuzahlen müssen. (Große Heiterkeit.) Wird die Reichwertzuwachssteuer Gesetz, so fallen den Gemeinden 40 Prozent zu. Ist dieser Anteil dann noch eine städtische Wertzuwachssteuer? Sofort wird der Streit darüber entbrennen.

Also wir wollen nicht bauen, wir wollen keine Grundstücke mehr besitzen, wir geben noch etwas zu, damit man uns nur das Terrain abnimmt, so klingt die Magistratsbegründung. Vermeiden wir doch die früher bei Grundstücksverkäufen und -verläufen gemachten Fehler. Das Adersche Grundstück in Lichtenberg wurde uns vor 10 Jahren für 10 Millionen angeboten; der Magistrat lehnte ab. Jetzt sind aus dem Grundstück schon 30 Millionen herausgeschlagen! Das Handwerkerförderungsgesetz kann nur den Zweck haben, Schwindlern, die die Handwerker betrügen, das Handwerk zu legen. Die Bemerkung in der Begründung läßt den Schluss zu, als ob der Schwindel geeignet ist, den Wert eines Grundstücks zu erhöhen. Aufs Kreuzere hat der Magistrat gesehen, die Fassaden sollen gut aussehen. Aber deshalb haben wir das Scheunenviertel doch nicht abgerissen. Die Hygiene fehlt gänzlich; ja, eine Bestimmung spricht direkt dagegen: wenn vor den Häusern ein Teil des Grundstücks freigelassen wird, soll der Magistrat einverstanden sein, daß der als Hof gilt; damit wird Licht und Luft den Bewohnern der nach hinten liegenden Wohnungen genommen, also der alte Stil des Scheunenviertels wird wieder in Kraft treten. Nur nach außen soll man aussehen: Schön getünchte Fassaden und ein bißchen freie Plätze davor; aber hinten Luft gibt es nicht. (Stürmische Heiterkeit.) Im Ausschuss werden wir Sie hoffentlich überzeugen können, daß es im hygienischen und finanziellen Interesse der Stadt läge, wenn sie selbst die Bewohnung übernimmt. Aus jenem Viertel sind 12 000 Menschen fortgezogen; die werden nicht hineingezogen in Steintolose mit schönen Fassaden, sondern in hygienisch einwandfreie, gesunde Wohnungen. Die Stadt soll eine rationale Wohnungspolitik treiben. Hoffentlich wird der Ausschuss die Vorlage einstimmig ablehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Jacobi (M. L.) billigt die Vorlage im Prinzip durchaus, wenn auch in der Begründung manches ungeschickt sei. Den Zuständen im Scheunenviertel müsse ein Ende gemacht werden.

Stadt. Rat: Nicht 21, sondern 16,2 Millionen kostet uns die Sache bisher, und den Wert des Wiederzuerwerbenden haben wir auf 7 1/2 Millionen geschätzt, die wir doch annähernd wiedererlangen. Im Ausschuss werden wir Ihnen noch nähere Auskünfte geben. In der besonderen Kommission hat auch der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion für den Vertrag gestimmt! (Hört! hört!)

Stadt. Dr. Cohn (Soz.): Im Vertrage ist noch eine Bestimmung über die Zahlung des Kaufpreises enthalten, wodurch dieser sich um weitere 158 000 M. ermäßigt! Wie kommt ferner Berlin

dazu, sich das Restkaufgeld nur mit 1/2 Proz. verzinsen zu lassen? Die Stadt muß ja für Gelder, die sie aufnimmt, mehr an Zinsen zahlen. Ein Vertrag, durch den Steuern erlassen werden, ist zudem nichtig, kann vor dem Richter nicht bestehen; es ist nicht undenkbar, daß die Gesellschaft unter Umständen gegen die Stadt davon Gebrauch macht. Einen solchen Vertrag schließt vielleicht ein Kaufmann, der vor dem Konkurs steht, nicht aber eine Stadt wie Berlin! Mindestens muß auch Fürsorge getroffen werden, daß die Stadt Berlin nicht späterhin zu Käuferpreisen ein Grundstück von der Gesellschaft zurückkaufen muß. Die Grundstückspreise abzuschließen sind, darüber sollte der Magistrat einigen seiner jüngeren Mitglieder Unterricht erteilen lassen. (Heiterkeit und Unruhe.)

Stadt. Sonnenfeld (M. L.) tritt diesen Ausführungen entgegen. Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der sofort vom Vorstande ernannt wird.

Für die

#### Herstellung von 30 verschiedenen Paulschleifen

auf den städtischen Gütern im Etatsjahre 1911, für maschinelle Änderungen an den Pumpenanlagen auf den Pumpstationen I und VII, sowie für den Ankauf eines Dampfpluges für die südlichen Verwaltungsbezirke sucht der Magistrat die Bewilligung von 619 195 + 47 000 + 60 000 M. nach. Davon sollen 544 805 M. auf Anleihemittel angewiesen werden. Zugleich wird die Genehmigung erbeten, daß mit der Anfuhr der Baumaterialien bereits im Laufe des Winters begonnen werden kann.

Die Vorlage wird an einen Ausschuss verwiesen und die öffentliche Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

## Gerichts-Zeitung.

### Beisetzbarkeit der Richter.

Ein geradezu empörendes Urteil fällt dieser Tage ein Dresdener Gericht. Bekanntlich hat selbst das Reichsgericht entschieden, daß das „Anspruchen nach Handwerksgebrauch“ kein Verbrechen ist. Trotzdem ist dieser Tage in Dresden ein Handwerksgefelle wegen Beistehens zu Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt worden. Und das, obwohl der Innungsoberrichter dem gelehrten Richter klar machte, daß seine Auffassung mit der Wirklichkeit und vernünftigem Rechtsempfinden unvereinbar ist. Der uns zugegangene Bericht über diesen Fall lautet:

Der 42 Jahre alte Fleischergefelle Köhler befand sich auf der Wanderschaft und war nach dem Vogtlande gekommen, um Arbeit zu suchen. Er fand keine Arbeit, wanderte deshalb nach Dresden, wo er, da er über Existenzmittel nicht verfügte, bei den Fleischermeistern „ansprach“ und auch Unterstühtungen erhielt. Hierbei wurde er von der Polizei „abgefaßt“ und sollte sich nunmehr wegen Vettelns und Landstreichens vor Gericht verantworten. Er ließ den stellvertretenden Fleischeroberrichter Richter als Sachverständigen laden. Er selbst stellte entschieden in Abrede, sich des Vettelns und Landstreichens schuldig gemacht zu haben und betonte, daß er habe wandern müssen, um Arbeit zu erhalten; das sei kein Landstreichen. Auch gebittelt habe er nicht, sondern nur bei den Meistern vorgesprochen. Obermeister Richter erklärte, man könne das Ansprechen nicht als Vettelns ansehen. Es sei zumutgemäß, daß die Gefellen bei den Meistern vorzusprechen und um Arbeit anfragen. Wenn der fremde Fleischergefelle keine Arbeit erhalte, so lasse ihn der Meister nicht wieder von dannen ziehen, ohne ihm ein Geschenk, sei es in Gestalt von Schnapen oder eines Geldstückes gegeben zu haben. Auch er, der Obermeister, habe auf seiner jahrelangen Wanderschaft diesen alten zumutgemäßen Handwerksbrauch geübt. Der fremde Gefelle gehe, wenn er in eine fremde Stadt komme, zunächst auf die Herberge, wo täglich durch den Sprechmeister der Innung Arbeit nachgewiesen würde. Es sei richtig, daß Gefellen, die im Besitz eines Verbandsbuches seien, bevorzugt würden. Aber nicht alle Gefellen hätten ein solches, meistens nur diejenigen, die ihre Lehrzeit bei einem Innungsmeister verbracht oder mindestens ein Jahr bei einem solchen gearbeitet hätten. Auf dem Lande hingegen sprächen die Gefellen meistens bei den Meistern vor und fänden auf diese Weise Stellung. Das Gericht sprach den Gefellen zwar vom Landstreichern frei, verurteilte ihn aber trotz des Gutachtens des Innungsoberrichters wegen Vettelns zu zwei Wochen Haft und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde.

Wahrlich, weiter kann die Beisetzbarkeit nicht getrieben werden. Welcher Tiefstand in der Anschauung über Arbeit offenbart sich in solcher Rechtsfällung. Sie mahnt an die jenes reichen, aus dem Beutel seines Vaters ernährten Affektors, der einen Streifendossammler wegen Vettelns verurteilte.

### Eine grundlose Anzeige.

Der Schmiedemeister Lenz hatte eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch gegen den Schmiedegesellen Treichler erstattet, der während des Streiks vor der Werkstatt erschien und durch Herrn Lenz vom Hofe gewiesen wurde. In der Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht stattfand, stellte sich heraus, daß Treichler zwar dicht an der Grenze, aber doch noch außerhalb des von Lenz gemieteten Hofstückes stand, so daß Lenz also gar nicht berechtigt war, ihn fortzuweisen. Es stellte sich weiter heraus, daß ein Grund, den Treichler fortzuweisen, eigentlich gar nicht vorlag, und daß Meister Lenz — es war eben ein Streik — einen Schutzmann holen und die Person Treichlers feststellen ließ. Angesichts dieser Sachlage übte sich selbst der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Jockisch, veranlaßt, Herrn Lenz vorzuhalten: Warum mühten Sie denn gleich eine Anzeige machen? Man läuft doch nicht wegen jeden Quacks zur Polizei und zum Staatsanwalt. Es wird viel zu viel denunziert. Das kann ich Ihnen sagen, ich hätte das nicht angezeigt. Ich komme immer mehr zu der Ansicht, daß Sie, Herr Lenz, den Angeklagten nicht

angezeigt haben, weil er Hausfriedensbruch begangen hat, sondern weil Sie ihn aus anderen Gründen etwas anhängen wollten.

Da sich die völlige Haltlosigkeit der Anklage herausgestellt hatte, beantragte selbst der Amtsanwalt die Freisprechung des Angeklagten. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, stellte noch den weitergehenden Antrag, die Kosten der Verteidigung der Staatskasse oder dem Herrn Lenz aufzuerlegen, denn dieser habe in der Geisensferfurcht des Streiks leichtfertig eine grundlose Anzeige erstattet. Möge also Herr Lenz die Kosten, die dem Staate aus dem Schutz der Arbeitswilligen erwachsen, in diesem Falle selber tragen.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. Die Erstattung der Verteidigungskosten lehnte das Gericht ab mit der Begründung, eine grobe Fahrlässigkeit des Herrn Lenz liege nicht vor, er habe die Anzeige auch nicht wider besseres Wissen erstattet.

Das Millionendepot des Ex-Sultans Abdul Hamid bei der Deutschen Reichsbank bildete am Mittwoch den Gegenstand interessanter Erörterungen vor dem 1. Zivilsenat des Reichsgerichts. Der jetzige Befugene von Salonik hat in den Zeiten seines Glückes ein erhebliches Quantum solcher Schätze gesammelt, die die Kotten freffen und, da er seinen geschätzten Untertanen nicht recht traute, im Auslande an sicheren Stellen hinterlegt. So hat er auch im Jahre 1888 bei der Deutschen Reichsbank in Berlin ungefähr 6 1/2 Millionen Mark hinterlegt und genaue Vorschriften gegeben, unter welchen Formlichkeiten die Reichsbank das Geld an ihn oder seine Erben herauszahlen solle. Ausdrücklich hatte er bestimmt, daß dies nur dann geschehen solle, wenn er in dem betreffenden Briefe sein Geheimgeldzeichen A. H. an bestimmter Stelle anbringe und mit demselben Siegel den Brief versehen, wie ihn das Vertragsdokument enthalte. Für den Fall seines Todes waren dann noch besondere Bestimmungen getroffen. Als im April 1909 Abdul Hamid entthront und in der Villa Matini in Salonik interniert wurde, mag er nicht Zeit gefunden haben, seinen Privatbesitz sorgsam zu ordnen und einzupacken. So kam es, daß er zunächst das bewußte Geheimgeld nicht auffinden konnte und annahm, er habe es verloren. Kaum hatte er sich in Salonik notdürftig eingerichtet, so hatte er das Verlangen, seine Berliner Millionen zurückzuerhalten. Er schrieb deshalb im Mai 1909 an die Reichsbank, sie möge ihm das Depot zurücksenden. Dieser Brief trug weder das verbriefte Geheimgeldzeichen noch das bewußte Siegel. Die Reichsbank schrieb ihm unter dem 30. Mai, sie bedauere, seinem Wunsche nicht entsprechen zu können, da das Schreiben des Herrn Ex-Sultans nicht den verabredeten Formen entspreche. Auf diesen Brief antwortete Abdul Hamid, er wisse das sehr wohl, aber er könne das Siegel nicht unter den Brief setzen, weil er das Geheimgeld bei seiner unzeitigen Abreise vom Hilbiz Kios verloren habe. Man möge ihm aber trotzdem das Depot ausändigen. Die Reichsbank lehnte das Ersuchen ab.

Abdul Hamid erhob nun beim Landgericht I in Berlin Klage auf Herausgabe von zunächst 49 100 M. deutscher Reichsanleihe. Diese Einschränkung der Forderung erfolgte lediglich zur Erspargung von Gerichtskosten. Das Landgericht wies die Klage des Ex-Sultans ab. Das Kammergericht und gestern das Reichsgericht verurteilten die Bank zur Zahlung. Erwähnt sei, daß das Geheimgeld sich während des Schwelbens des Prozesses beim Kammergericht wieder gefunden hatte. Die dann von der Reichsbank erhobene Einrede, man könne nicht wissen, ob der Ex-Sultan von Gottesgnaden frei in seinen Entscheidungen sei, mußten völlig unbeachtlich bleiben, da nicht der geringste Grund dafür vorlag, daß Abdul Hamid über sein Thronrecht hinaus in der Freiheit beeinträchtigt ist.

### Eingegangene Druckschriften.

Verlorene Werten. Hausversteher von E. Dembier. 65 Pf. Dr. A. Ledermann, Berlin W. 50.  
Hand für Schulreform, Flugblätter 1. Aufgaben und Ziele des Bundes. 1 M. U. G. Teubner, Leipzig.

**Gesellschafts-Spiele** in allen Preislagen.  
Schach, Domino, Dame, Konette, Poch, u. Kegelspiele etc.  
Moderne Spazierstöcke und Cabah-Pfeifen aller Art.  
Feine Wiener Meerschaum- und Bernstein-Splitten.  
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5, an der Ballner-Theater-Straße.

**Betrifft Herren**  
welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen.  
Wir empfehlen aus unserer Abteilung fertige Herrenanzüge: Gelegenheitsanzüge in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese Stücke sind zum Teil aus besten Maßstoffen gefertigt (mit Steppfutter, auch auf Seide gefüttert), für jeden Herrn passend am Lager, u. a. z.  
Serie I Serie II Serie III Serie IV  
Winterpaletots 10.-14.-18.-22.- etc.  
Ulster engl. Farben 12.-16.-20.-24.-  
Jackett-Anzüge 11.-15.-18.-24.-  
Gehrock-Anzüge 18.-22.-27.-32.-  
Beinkleider v. M. 5.- an Hochzeits- Anzüge, Übergangs-Paletots, Frack-, Smokinganzüge etc. sehr preiswert.  
Verleihung von Gesellschafts-Anzügen.  
Abonnement-Haus Jägerstr. 11 in 1210  
zwischen Friedrich- und Kanonenstraße  
Versand- und Abonnement-Abteilung, Sonntag 8-10, 12-2 Uhr geöffnet.

Wer sicher sein will, die echten

# Augen auf!

## MAGGI-Bouillon-Würfel

zu erhalten, verlange beim Einkauf ausdrücklich **MAGGI** Bouillon-Würfel und achte auf den Namen **MAGGI** sowie auf die Schutzmarke  Kreuzstern.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Köpenicker Viertel.**  
Bezirk 211.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Ratler  
**Karl Bialucha**  
Haldenstraße 27  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 9. Dezember, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Städtischen Friedhofes  
in der Seestraße, Ecke Müller-  
straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
222/14 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 7. Dezember verstarb unser  
Genosse, der Schlosser  
**Otto Kulisch**  
Haumerstr. 22.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Getzemanns-Kirchhofes,  
Rieber-Schönhausen-Nordend, aus  
statt. 231/16  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Otto Kulich**  
am 7. d. Mts. an Lungenerleiden  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Getzemanns-  
Kirchhofes in Nordend aus statt.  
Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Metallarbeiter  
**Karl Benedickt**  
am 7. d. Mts. an Lungenerleiden  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. d. Mts.,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Städtischen Kirch-  
hofes in Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
126/18 **Die Ortsverwaltung.**

**Gesangverein  
„Freier Männerchor“  
Nowawes.**  
**Todes-Anzeige.**  
Allen Gesangsbrüdern und Ge-  
nossen die traurige Nachricht, daß  
unser Dirigent, Herr  
**R. Tietz**  
am Montag, den 5. d. M., infolge  
einer Operation verstorben ist.  
Wir verlieren nicht nur einen  
tüchtigen Dirigenten, sondern auch  
einen Freund, dem das Wohl und  
Wehe des Vereins stets am  
Herzen lag.  
Größte Ehre seinem Andenken!  
62/1 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß mein lieber Mann und  
unser guter Vater  
**Hans Petzinna**  
infolge Unfalls verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 9. Dezember, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Kirchhofes am  
Kantendorfer Weg aus statt.  
Frau Petzinna nebst Kindern.

**Verband der Maler,  
Färber, Anstreicher usw.**  
Zentrale Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Hans Petzinna**  
am 1. Dezember verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 9. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des Rixdorfer Gemeinde-Fried-  
hofes, Kantendorfer Weg aus statt.  
130/5 **Die Ortsverwaltung.**

Am 6. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr,  
verstarb sanft nach kurzer, schwerer  
Krankheit unsere liebe und un-  
vergessliche Tochter und Schwester  
**Lucie**  
im 28. Lebensjahre. 21705  
Dieser großen Verlust hat an  
A. Richter und Frau nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem  
Zentralfriedhof in Friedrichsfelde  
statt.

**Zentralverband der Glasarbeiter  
und -Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 6. Dezember verstarb unser  
langjähriges Mitglied, der Glas-  
schleifer  
**Heinrich Borgmann.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem  
Friedhof der Hionsgemeinde in  
Nordend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Charlottenburg.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler  
**Franz Conrad**  
im Alter von 54 Jahren am  
6. Dezember verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dorotheenstadt-Kirch-  
hofes in Reinickendorf, West,  
Schwarzenbergstr. 1/2 aus statt.  
94/14 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Bekannten und Genossen  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau, unsere gute Mutter,  
Großmutter, Schwester und  
Schwägerin  
**Nanny Mars**  
im 62. Jahre sanft entschlafen ist.  
Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen:  
**Karl Mars, Zeitungsbekleidr.,**  
Lützener Straße 123.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem Friedhof  
der Friedrichshagen-Gemeinde,  
Fappel-Allee statt. 21686

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
innig geliebte Frau und Mutter  
**Lucie Ullrich**  
geb. **Rickert**  
am 6. Dezember abends 7 1/2 Uhr  
nach kurzer, schwerer Krankheit  
sanft entschlafen ist. 21096  
Um stille Teilnahme bitten  
Die Hinterbliebenen  
**Max Ullrich.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Dezember,  
nachm. 1/3 Uhr, auf dem Zentral-  
friedhof in Friedrichsfelde statt.

**35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35**  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie  
**Möbel** direkt zu Engrospreisen  
in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur  
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilszahlung.  
**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

**Sechster Wahlkreis!**  
Sonntag, den 11. Dezember 1910, abends 6 1/2 Uhr, im Prater-Theater,  
Kastanien-Allee 7-9:  
**Oeffentliche politische Versammlung**  
für Männer und Frauen.  
Vortrag des Landtagsabgeordneten **Heinrich Ströbel.**  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.** Tanz 30 Pf.  
931/17\* **Der Einberufer.** Paul Dobrohlaw, Schlemmerstr. 89.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.  
Sonntag, den 11. Dezember 1910, vormittags 10 Uhr,  
findet in  
**Freyers Festsaal** (früher Keller), **Koppenstr. 29**, eine  
**außerordentliche Generalversammlung**  
unserer Verwaltungsstelle statt.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht der Prüfungskommission über die eingelaufenen Bewerbungen und endgültige Aufstellung  
der Kandidaten für die vier neuen Posten im Bureau.  
2. Antrag der Ortsverwaltung betr. Weihnachtsunterstützung.  
Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationskarte für Vertrauensleute kein Zutritt.  
Besondere Einladungskarten werden zu dieser Versammlung nicht verschickt.  
126/17\* **Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband der Maurer Deutschlands**  
Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.  
**Achtung! Putzer! Achtung!**  
Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, in **Dräsel's großem Saal,**  
Neue Friedrichstraße 35:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
1. Beschlussfassung über das zwischen den Vorständen vereinbarte, die besonderen Einrichtungen der Putzer-  
sektion betreffende Abkommen. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
**Die örtliche Verwaltung.**

**Weihnachtsäume-Engrosverkauf!**  
Rixdorf,  
Walterstraße, Ecke Rueschedstr.,  
Kohlenplatz. G. Vloete.

**Nathan Wand**  
129 Stallter Str. 129.  
Die schönsten  
Herren-Winter-Paletots u. Wäster  
und Anzüge in neu  
sowie (gelegentlich)  
Monats-Garderobe  
von französischen getragene Sachen,  
sah neu, für jede Figur passend,  
gelegentlich auch angezogene sind in  
großer Auswahl stets zu handend  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stallter Str. 129.  
Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Dienstag, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-  
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Achtung!**  
**Lehrlingen u. jugendliche Arbeiter**  
**der Holzindustrie!**  
Sonntagvormittag von 8-8 Uhr abends ist der Arbeitsloftsaal  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und  
jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der  
Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.  
Die Werkstättenvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge  
zum Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.  
Montag, den 12. Dezember 1910:  
**Mitglieder-Versammlung**  
für den Bezirk Südwesten.  
**Branche der Maschinenarbeiter.**  
Montag, den 12. Dezember, abends 5 1/2 Uhr (gleich n. Feierabend):  
**Mitgliederversammlungen** in folgenden  
Lokalen:  
**Osten, Nordosten und östliche Vororte:**  
Oh-Raffino, Frankfurter Allee 106.  
**Südosten und Rixdorf:**  
im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.  
**Norden:** bei Odiglo, Schwedter Straße 23. 94/18  
**Südwesten:** bei Sah, Hornstr. 2.  
**Schöneberg:** bei Rutsche, Weininger Straße 8.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht von der letzten Generalversammlung. 2. Branchenangelegen-  
heiten. **Die Branchenkommission.**

**Steinarbeiter.**  
Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den „Armin-  
hallen“, Kommandantenstr. 58/59:  
**Kombinierte Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
1. Rückblick und Ausblick.  
2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.  
Kollegen aller Branchen, agitiert für guten Besuch.  
172/10\* **Die Ortsverwaltung.**

**„Silesia-Bad“**  
11242\* **Schlesische Str. 31**  
Alle Arten medizinische Bäder.  
Lieferant aller Kassen.

**Orts-Krankenkasse**  
für den Amtsbezirk  
**Blankenfelde.**  
Am Dienstag, den 20. Dezbr.  
1910, abends 6 Uhr, findet im  
Salaire des Herrn Kollmann in  
Wesenthal-Wilhelmstr. 2, die  
**Ordentliche**  
**General-Versammlung**  
statt, wozu die Herren Vertreter  
hiermit ergebenst eingeladen werden.  
**Tagesordnung:**  
1. Wahl von Vorstandsmitgliedern  
(2 Kassenmitglieder und 1 Re-  
visor).  
2. Wahl der Rechnungsprüfungs-  
kommission.  
3. Genehmigung von Kassenber-  
ichten.  
4. Genehmigung der Gehalts-  
höhung für den Kassengehilfen  
und den Kassensboten.  
5. Erledigung etwaiger schriftlich  
eingegangener Anträge.  
6. Verschiedenes.  
Anfragen und Beschwerden, zu  
welchen die Einsicht in die Kassen-  
bücher notwendig ist, müssen münd-  
lich oder schriftlich behufs Beant-  
wortung derselben in der General-  
versammlung bis zum 16. Dezember  
ex. der Kassenvorwaltung mitgeteilt  
werden.  
Als Legitimation ist die schriftliche  
Einladung mitzubringen.  
297/15 **Der Vorstand.**

**Reste**  
Bausachen, schwarz und  
farbig, Costumstoffe, neueste  
Muster, Triest-Stoffe, Seiden-  
Plüsch, Sammet,  
Seide etc.  
**Confection**  
Paletots,  
Jackets, Regen-  
mäntel, Costumes und Costum-  
stücke in grosser Auswahl.  
**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**ZOMAROM**  
  
**Bouillon-Würfel**  
der beste und billigste  
NÄHRMITTELFABRIK „ZOMAROM“ MÜNCHEN, PROMENADESTR. 6.  
Generalvertreter: **Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Bamberger Str. 45.**  
Fernsprecher: Amt VI, No. 5737.

**Achtung! Zigarrenhändler!!**  
Einfache, elegante, sowie originelle  
12161\*  
**Zigarren-Weihnachtspackungen**  
ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.  
**Max Ziegenhals, BERLIN NO. 49, 70 Neue Königstraße 70**  
Telephon: Amt VII, 3047.  
Tabak - Zigarren - Zigaretten - en gros.

**Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit**

**Jedes Paar - Damen- oder Herren-Stiefel - ohne Ausnahme - ohne Ausnahmepreis.**

**Schuh-Sport**  
Marke  
"Propago"  
Gesetzl. Geschützt.  
Alleinverkauf für ganz Deutschland

Versand nach auswärts unter Nachnahme!

**675 Mk. "Schuh-Sport"**

Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Mein Kind, vergiß mir nie „HUMOR“  
Denn sonst kommt Dir das Leben  
So ungenutzt und schmutzig vor,  
„Glanz“ kann „Humor“ nur geben.



**Humor**  
putzt alle Metalle sauber und geruchlos.

Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.  
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Hesse, Dresden  
Das beste u. liebste Geschenk  
find jeder Dame einige  
**Straußfedern.**

Ich habe 1200 Kartons voll am Lager und verkaufe folgende  
40 cm lang, 10-15 cm breit für 1 1/2 Mk., 42 cm lang 2 1/2 Mk., 45 cm lang 3 Mk., 15-20 cm breit, 35 cm lang 3 1/2 Mk., 4 Mk., 50 cm lang 6 Mk., 8 1/2 Mk., 10 Mk. je nach Sortierung.

Ausgesucht  
prima Federn  
Kosten 50 cm lang, 20-25 cm breit 12, 15, 18, 25 Mk., 60 cm lang, 25 bis 30 cm breit 30, 36, 42, 48 Mk., 75 cm lang 75 Mk., 100 cm 100 Mk.

Von den feinsten Federn werden **Voas** u. **Crölen** gemacht, solche kosten 2 m lang 5 Mk., 8,50 Mk., 12 Mk., 2 1/2 m lang 17 Mk., 31 Mk., 52 Mk. bis 120 Mk. Farben: schwarz, weiß, braun, nerg- und schmetterlingartig.

**Absatzfedern** auf Puppenhäute 50 gr 50 Pf.

fl. edle **Weiberbüchel** bis 150 Mk. für 2000 Kartons zurückgegebene Blüten u. Blätter 50 Pf. fortgesetzt 5 Mk., Japanfedern u. andere Stoffblumen per Dg. 1,80 Mk., fl. **Ballblumen**, **Gold-** und **Silberrosen** 2 Mk. 3 Mk. etc.

Verf. kleiner Posten u. Nachnahme fl. **Straußfedern** gegen Ref. u. Porto, erlaub auch zur Wohl. d. Preisliste auch über **Palmen**, **Früchte**, **Stroh- und Kranzblumen** usw. frei.

**Manufaktur künstlicher Blumen und Straußfederhandlung**  
**Hermann Hesse**  
Dresden, Schffelstraße 10/12,  
Leistungsfähiges Werkhaus dieser Branche.

**Photographie-Albums,**  
auch mit Musik.  
**Sammelmappen und Kästen.**

Gegr. C. A. Flemming, Beuthstr. 11, 1828, am Spittelmarkt

und Goldwaren  
**F. Stabenow**  
Charlottenburg  
Berliner Str. 145.

**Arbeiter=**  
Bekleidung — Berufsbekleidung.  
Größtes Spezialgeschäft.

Kohn & Jöring, Hauptgeschäft Alexandersstr. 12, Landsberger Allee 148, Rixdorf, Bergstr. 66.

Offiziere in froher, nur schöner Ware:  
Nur ein Preis!  
dicke **Gänse 0,65**  
junge 8-14 Pfund schwer.  
Nur allererste Qualität  
Gänserumpfe, 1/2 Gänse.

Feine Suppenhöner, Jrz. Bratbühner. F. Wegner, SO., Anklamstr. 34.

**Ohne jede Anzahlung**  
**Pianos**

erstklassiges Fabrikat (5mal prämiertes Staatsmedaille in allen Holz- und Seiltarten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 136/4

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nchfg., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

**Hermann Hesse**  
Dresden, Schffelstraße 10/12,  
Leistungsfähiges Werkhaus dieser Branche.

26. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.  
Ziehung vom 8. Dezember vormittags.  
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

52 101 228 303 322 338 356 372 397 413 432 449 467 485 503 521 539 557 575 593 611 629 647 665 683 701 719 737 755 773 791 809 827 845 863 881 899 917 935 953 971 989 1007 1025 1043 1061 1079 1097 1115 1133 1151 1169 1187 1205 1223 1241 1259 1277 1295 1313 1331 1349 1367 1385 1403 1421 1439 1457 1475 1493 1511 1529 1547 1565 1583 1601 1619 1637 1655 1673 1691 1709 1727 1745 1763 1781 1799 1817 1835 1853 1871 1889 1907 1925 1943 1961 1979 1997 2015 2033 2051 2069 2087 2105 2123 2141 2159 2177 2195 2213 2231 2249 2267 2285 2303 2321 2339 2357 2375 2393 2411 2429 2447 2465 2483 2501 2519 2537 2555 2573 2591 2609 2627 2645 2663 2681 2699 2717 2735 2753 2771 2789 2807 2825 2843 2861 2879 2897 2915 2933 2951 2969 2987 3005 3023 3041 3059 3077 3095 3113 3131 3149 3167 3185 3203 3221 3239 3257 3275 3293 3311 3329 3347 3365 3383 3401 3419 3437 3455 3473 3491 3509 3527 3545 3563 3581 3599 3617 3635 3653 3671 3689 3707 3725 3743 3761 3779 3797 3815 3833 3851 3869 3887 3905 3923 3941 3959 3977 3995 4013 4031 4049 4067 4085 4103 4121 4139 4157 4175 4193 4211 4229 4247 4265 4283 4301 4319 4337 4355 4373 4391 4409 4427 4445 4463 4481 4499 4517 4535 4553 4571 4589 4607 4625 4643 4661 4679 4697 4715 4733 4751 4769 4787 4805 4823 4841 4859 4877 4895 4913 4931 4949 4967 4985 5003 5021 5039 5057 5075 5093 5111 5129 5147 5165 5183 5201 5219 5237 5255 5273 5291 5309 5327 5345 5363 5381 5399 5417 5435 5453 5471 5489 5507 5525 5543 5561 5579 5597 5615 5633 5651 5669 5687 5705 5723 5741 5759 5777 5795 5813 5831 5849 5867 5885 5903 5921 5939 5957 5975 5993 6011 6029 6047 6065 6083 6101 6119 6137 6155 6173 6191 6209 6227 6245 6263 6281 6299 6317 6335 6353 6371 6389 6407 6425 6443 6461 6479 6497 6515 6533 6551 6569 6587 6605 6623 6641 6659 6677 6695 6713 6731 6749 6767 6785 6803 6821 6839 6857 6875 6893 6911 6929 6947 6965 6983 7001 7019 7037 7055 7073 7091 7109 7127 7145 7163 7181 7199 7217 7235 7253 7271 7289 7307 7325 7343 7361 7379 7397 7415 7433 7451 7469 7487 7505 7523 7541 7559 7577 7595 7613 7631 7649 7667 7685 7703 7721 7739 7757 7775 7793 7811 7829 7847 7865 7883 7901 7919 7937 7955 7973 7991 8009 8027 8045 8063 8081 8099 8117 8135 8153 8171 8189 8207 8225 8243 8261 8279 8297 8315 8333 8351 8369 8387 8405 8423 8441 8459 8477 8495 8513 8531 8549 8567 8585 8603 8621 8639 8657 8675 8693 8711 8729 8747 8765 8783 8801 8819 8837 8855 8873 8891 8909 8927 8945 8963 8981 9000 9018 9036 9054 9072 9090 9108 9126 9144 9162 9180 9198 9216 9234 9252 9270 9288 9306 9324 9342 9360 9378 9396 9414 9432 9450 9468 9486 9504 9522 9540 9558 9576 9594 9612 9630 9648 9666 9684 9702 9720 9738 9756 9774 9792 9810 9828 9846 9864 9882 9900 9918 9936 9954 9972 9990 10008 10026 10044 10062 10080 10098 10116 10134 10152 10170 10188 10206 10224 10242 10260 10278 10296 10314 10332 10350 10368 10386 10404 10422 10440 10458 10476 10494 10512 10530 10548 10566 10584 10602 10620 10638 10656 10674 10692 10710 10728 10746 10764 10782 10800 10818 10836 10854 10872 10890 10908 10926 10944 10962 10980 11000

26. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.  
Ziehung vom 8. Dezember nachmittags.  
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

178 80 858 850 1018 1135 550 803 2080 [500] 136  
[500] 39 82 265 290 487 526 821 [500] 56 929 3223 314  
627 57 901 19 4199 53 404 623 708 896 35 5183 330  
[1000] 81 [1000] 248 512 97 974 6719 332 477 573 605 95  
846 7251 [500] 278 [500] 81 795 914 95 8259 94 445  
85 84 327 75 9121 227 122 288 98 99 994  
10217 741 980 11116 266 851 84 719 [1000] 50 83  
634 901 [500] 80 12112 90 [1000] 235 [500] 290 13094  
14118 15007 233 400 355 [1000] 692 716 815 888 18180  
94 235 716 714 19 17103 200 406 56 90 18022 100 31  
70 252 [1000] 80 480 89 545 [500] 635 740 10065 174  
77 86 267 448 78 849 59  
20029 101 988 21101 97 258 974 722 22608 [500]  
270 899 [1000] 80 23277 325 [1000] 415 575 [500] 602  
710 810 906 99 24710 501 4 18 [500] 32 622 43 25307  
65 84 [500] 507 26325 446 [1000] 574 754 93  
2717 230 [500] 290 724 632 92 972 [500] 28365 497  
52 904 56 [1000] 29248 56 378 [1000] 917 879  
30042 123 318 154 757 877 [500] 71 93 31296 433  
261 69 25 694 905 921 32084 41 92 288 471 874 838 906  
33141 233 [500] 80 23153 815 127 848 [1000] 917 73  
82 34477 529 754 35213 534 89 923 31 94 78 36071  
157 225 279 37087 115 [500] 271 78 303 63 490 332 85  
[1000] 652 85 718 849 536 [1000] 38108 32 345 560 681  
732 818 94 904 96 99 39081 132 [500] 59 330 1051  
457 602 78  
40014 421 425 41899 218 58 807 730 973 [500] 85  
42004 [500] 820 233 490 570 43009 27 293 541 99 35  
[500] 426 [500] 512 63 604 727 804 44054 85 87 173  
84 909 518 904 45192 223 960 125 962 46089 229 327  
95 737 47294 498 671 827 [500] 85 48173 49190 313  
88 709 [500] 50 25 827 918  
50118 31 399 477 877 51023 341 482 564 781  
70 950 94 52345 477 470 53215 81 89 381 700 8 805  
54112 45 516 678 719 930 [1000] 55118 76 230 667  
742 37 830 986 87 99 56341 62 57200 82 189 232 62  
614 915 58306 54 425 571 614 81 86 59049 221 621 712 893  
60363 391 706 610 [1000] 177 612 97 814 40 99  
62090 81 235 490 [1000] 635 716 898 63112 219 704 19  
917 [500] 619 644 64 223 300 483 94 952 6528 47  
688 [500] 747 22 [500] 66121 95 451 733 43 931 511  
67328 91 716 22 833 999 68559 70 295 339 621 765  
[1000] 68925 821 484 873 88  
70111 500 627 541 986 71888 218 [1000] 548 49  
754 [1000] 972 72297 432 37 318 97 950 10 916 49 81  
73196 228 331 642 507 74015 238 231 374 91 621 801  
42 283 872 75001 690 89 750 903 73001 87 76313 293  
375 [500] 23 366 87 83 878 93 77411 83 [1000] 523  
78014 [500] 3 298 402 83 833 79101 422 605 721  
78014 [500] 299 282 602 83 815 81122 329 56 377  
829 82127 35 392 603 71 950 83118 73 443 725 61  
867 86 84301 51 622 [500] 810 87 85055 121 431 17001  
83 832 862 86041 338 278 94 419 564 78 717 87 87076  
113 225 98 [500] 517 611 59 745 843 88262 430 878 99  
89022 605 214  
90307 64 79 501 637 892 91046 48 [500] 145 297  
814 788 [1000] 970 92043 136 829 93062 390 417 25 84  
698 772 [1000] 94034 312 325 812 82 98 388 95022 135  
600 267 459 [500] 50 96611 83 198 305 45 358  
9707 97257 427 600 [500] 710 [500] 56 [500] 98140  
674 897 815 799 91 90711 156 913 89 [1000] 897 893  
[1000] 927 25 29 912 101002 233 323 83 [500] 746 83  
[500] 102109 [500] 133 10100 437 547 169 96 107289  
89 829 95 967 74 104996 870 401 [500] 105501 274  
601 8 29 86 812 25 106382 87 104 67 88 400 650 89 779  
[500] 107254 709 80 80 [1000] 815 [500] 49 87 827  
108203 301 8 82 608 747 53 811 [500] 109078 227  
67 371 650 740 979 95  
110046 66 554 87 641 80 68 [500] 827 31 38 80  
87 972 111137 206 550 643 712 34 112800 79 85 901  
113046 150 [500] 219 394 411 [1000] 598 670 903 52  
114846 96 [5000] 588 719 878 [1000] 115009 89 897  
803 56 116630 190 219 313 340 881 684 [500] 98 [1000]  
718 79 875 901 2 32 [500] 117012 111 418 788 81  
118217 76 433 205 617 61 891 66 [500] 119068 128 383  
83 410 [500] 65 656 99 990  
120045 83 89 149 60 367 [500] 636 714 901 918  
121378 634 714 [500] 827 [500] 122014 436 70 123390  
330 400 564 711 919 78 124010 50 242 426 580 126192  
96 705 50 245 125146 87 279 280 60 63 643 150 126192  
880 [500] 87 80 828 51 872 127044 80 42 129 327 313  
645 812 [500] 82 830 128375 229 702 83 850 129056  
214 80 326 585 679 [1000]  
130002 81 150 [1000] 72 394 42 75 654 737 79 801  
880 13149 [1000] 215 560 515 80 132017 31 [1000]  
130 908 [15000] 74 817 31 412 23 774 808 [1000]  
133116 27 236 43 321 419 819 824 28 134062 273 44  
[1000] 267 909 135429 97 99 817 725 531 [1000] 81  
649 [500] 136345 [500] 405 9 19 35 550 137295 28  
547 508 [500] 138389 645 919 139189 11 622 [1000] 74 941  
140241 406 [500] 90 731 818 141983 315 47 641  
774 89 79 964 142011 125 30 39 521 35 064 21 [500]  
807 904 143100 20 847 719 83 [1000] 826 303 144 91  
[1000] 328 89 344 701 7 072 145219 29 48 75 472 847  
94 959 146079 302 81 533 789 816 928 147056 259  
417 780 [1000] 826 [500] 956 148198 388 378 610 173  
863 149045 64 448 727 822  
150782 [1000] 74 151415 23 540 64 676 781 31 28  
85 800 152101 303 711 15 397 969 153130 46 500 451  
665 154492 420 54 [1000] 55 583 608 837 929 [500]

26. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.  
Ziehung vom 8. Dezember nachmittags.  
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

155111 56 322 400 501 640 156377 550 801 157115  
579 490 508 601 849 935 25 158143 52 284 320 [500]  
602 [500] 797 856 [500] 946 159085 82 173 282  
160044 679 161215 45 448 518 923 58 [5000]  
162236 90 375 435 47 546 630 [500] 627 85 163002  
84 104 25 58 636 95 794 [500] 830 [500] 40 16061 164022  
87 111 12 314 48 474 [1000] 885 165848 166013 [500]  
308 70 57 447 [500] 912 [1000] 812 167146 384 411 81  
541 609 753 852 168204 [500] 73 [500] 435 89 383 653  
796 97 956 [1000] 169298 75 279 877 913 28  
170015 111 [500] 337 509 30 72 [1000] 94 273 [500]  
845 171099 787 172143 [1000] 74 202 [500] 547 553  
718 996 173301 81 [500] 98 511 [1000] 1000001 721  
904 911 174000 14 78 320 485 314 812 96 175817  
[500] 215 63 514 15 16 96 957 729 265 95 25 176112  
16 413 289 24 [1000] 177075 288 440 80 740 265 882  
178112 [500] 95 97 249 84 302 453 555 36 [500] 960  
179091 144 218 67 848 412 [500] 579 877 [500]  
180186 277 321 516 718 814 56 18139 878 421  
686 182203 35 366 84 430 307 923 701 [500] 80 806  
97 94 969 183072 230 541 65 870 816 184000 308 801  
60 185373 329 89 694 864 186038 [500] 40 265 265  
776 187467 517 907 26 [1000] 249 188000 174 443 64  
[500] 369 619 733 56 189090 347 308 300 363 853  
190156 217 508 821 733 [500] 825 19114 23 319  
309 708 50 801 818 192188 [500] 523 806 754 927  
193102 29 215 81 78 89 823 [500] 77 821 [1000] 194062  
113 403 [1000] 570 924 195015 118 31 219 879 799  
196086 334 456 610 197064 811 305 575 737 41 198729  
199140 [500] 336 93 [1000] 923  
200201 29 398 586 626 888 201064 718 511 34 588  
[500] 610 16 34 36 [500] 80 879 874 [500] 83 93 27 202044  
56 154 212 481 526 610 73 777 818 203188 243 248 [500]  
83 [500] 560 489 719 915 71 88 204105 418 31 82 532  
717 92 823 205890 158 77 209 454 206025 110 302 [1000]  
696 740 806 73 933 41 207174 40 204 697 806 32 369  
208986 827 [500] 998 208089 [1000] 330 52 86 363 700  
210095 [500] 215 804 201 18 684 701 211031 51 67  
302 16 345 [500] 78 305 870 212130 247 213180 250  
373 613 93 753 [1000] 34 829 83 214178 309 378 78 634  
707 [1000] 869 33 215387 431 [1000] 666 743 903 216216  
674 217082 189 216 47 436 45 [1000] 521 [500] 218081  
308 219157 169 254 887  
220202 74 727 [1000] 221411 925 222043 745 25  
278 508 471 83 225 897 223143 215 87 49 454 99 227 634  
777 844 94 995 224113 285 500 [500] 813 29 225025  
232 [500] 720 851 [500] 910 69 226048 145 48 64 395  
493 910 227017 300 [1000] 24 438 43 [500] 528 812 302  
[500] 228003 [1000] 113 29 381 607 606 737 819 229913  
47 [500] 92 239 305 408 585 895 663 716  
230045 61 100 89 [500] 400 63 92 578 676 68 847  
842 865 231884 89 901 2

Partei-Angelegenheiten.

Schenkendorf bei König-Büsterhausen. Am Sonntag früh 7 Uhr findet die diesjährige Kantonstour statt. Die Parteigenossen wollen sich vollständig bei Otto Pasch einfinden. Der Vorstand.

Tegel-Berligwalde. Am Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 2 Uhr, findet in W. Tropp's Festsaal, Lahnstr. 1, eine Märchen-Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangt: „Dornröschen“ sowie „Der Froschkönig“ und „Die Nodentee“. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, mit ihren Kindern zu erscheinen. Eintritt 10 Pf. Die Begrüßungen.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die große Verkehrsdebatte, die in der vorigen Sitzung abgebrochen worden war, wurde gestern fortgesetzt und zu Ende geführt. Sie brachte kaum noch Neues; nur die Zweckverbands-Zwangsjade, die inzwischen dem „Nischen-Berlin“ — dem ohnedies längst zur Ohnmacht verurteilten — angedroht worden ist, gab neuen Anlaß zur Klage. Stadtverordneter Breuh wünschte, daß die Stadt wenigstens in Verkehrsfragen von ihrem großen Bruder Staat minder unfreundlich behandelt werde. Ein frommer Wunsch, dem wohl nie Erfüllung werden wird! Oberbürgermeister Kirchner griff nur zu dem Zweck einmal in die Debatte ein, gegen die Große Berliner Straßenbahngesellschaft eine scharfe Erklärung abzugeben. Zu tumultuarischen Ausbrüchen kam es während der Rede des Stadtverordneten Rosenow, weil er diesmal so verständige Ansichten vortrug, daß seine freisinnigen Freunde darob ergrimmten und ihn vollständig preisgaben. Vom Stadtverordneten Cassel mußte er sich antrafeln lassen, daß es eine Art hatte. Für den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der erneut die Ausführung des Vohstrahendurchbruchs forderte, sprach nochmals Genosse Borgmann. Als er ausrief, daß in dieser Frage der Oberbürgermeister von der Mehrheit im Magistrat schmählich im Stich gelassen worden sei, glaubte der Vorsteher, diesen Ausdruck rügen zu sollen. Bezüglich des drohenden Zweckverbands rief Borgmann den Freisinnigen unter die Nase, daß sie diese Fuchtel verdient haben. Sie lärmten, um ihr böses Gewissen zu überbäumen. Die Abstimmung über den Antrag ergab Ablehnung des Vohstrahendurchbruchs; dafür hatte fast nur die sozialdemokratische Fraktion gestimmt. Hiermit war die Verkehrsdebatte — die Aussprache über die zur Kenntnisnahme vorgelegte Verkehrsdenkschrift — erledigt. An der Verkehrsmitlere Berlins wird einweisen nicht das geringste geändert werden.

Im letzten Teil der Sitzung kam es zu später Stunde noch zu einer interessanten Debatte über den geplanten Verkauf des Scheunenviertels. Hier geistelte Genosse Stadthagen die Sorglosigkeit, mit der der Magistrat ein teuer erworbenes Terrain zu unerhöht billigen Preise an eine private Erwerbsgesellschaft loszuschlagen will. Richtiger sei es, die Grundstücke in städtischem Besitz zu behalten, sie selber mit gesund angelegten Wohnhäusern zu bebauen und diese in städtischer Regie zu vermieten. Hiergegen wandte sich begreiflicherweise Stadtverordneter Jacoby, dem selbstverständlich der Magistrat städtischer Regie ein Grauel ist und bleibt. Den Magistrat suchte Stadtrat Rast zu verteidigen. Aber Genosse Cohn wies des weiteren nach, daß hier eine Verschleuderung geplant wird, wie wenn die Stadt gezwungen sei, sich mit Notpreisen zu begnügen. Im Ausschuss, dem die Vorlage überwiesen wurde, wird der Magistrat Rede und Antwort zu stehen haben.

Schulvertretungen und Lehrerinnen.

Der Magistrat schreibt: Die Gemeindefullehrerinnen in Berlin müssen von dem Beginn ihrer Beschäftigung in Gemeindefullehreramt bis zur festen Anstellung durchschnittlich sechs Jahre warten, während die Gemeindefullehrer nach Ablegung der ersten Prüfung, sofern ihre Militärverhältnisse geregelt sind, sogleich einweisen und nach bestandener zweiter Prüfung nach den bestehenden Vorschriften sofort angestellt werden müssen. Die Lehrerinnen werden bis zu ihrer festen Anstellung nach Bedarf mit Vertretungen, wozu sie der städtischen Schuldeputation stets zur Verfügung stehen müssen, beschäftigt, haben aber keinerlei Anspruch auf feste Einnahmen. Die Zahl der Vertretetinnen beträgt jetzt 470. Die Tätigkeit der Vertretetinnen an sich ist vielfach recht schwierig. Sie wird in eine Klasse geteilt, deren Kinder sie nicht kennt und soll im Unterricht dort einengen, wo nach dem Lehrbericht die erkrankte Lehrkraft, die sie zu vertreten hat, aufgehört hat. Sie muß sich aber erst orientieren, wie weit der durchgearbeitete Stoff Eigentum der Kinder geworden ist und soll das in der manchmal nur wenige Wochen dauernden Vertretung die Kinder fördern. Dazu hat sie unter Umständen mit den Schwierigkeiten der Disziplin in einer Knabenklasse der Mittelstufe zu kämpfen. Wie lange die Vertretung und damit die Aussicht auf Einnahme dauert, hängt ganz vom Zufall ab. Nach den vorliegenden Erfahrungen hat die junge Vertretetinn keine Lust, daß an die abgelaufene Vertretung sich sofort eine neue schließt, und wenn sie nicht bei ihren Eltern wohnt oder Vermögen bzw. feste Einnahmen hat, muß sie darauf bedacht sein, durch Privatunterricht die für das Leben notwendigen Mittel zu ergänzen. Hat sie am Anfang des Semesters das Glück, feste Stunden für das ganze Semester zu erhalten, so liegen diese Stunden bisweilen an verschiedenen Schulen und machen so an die Kräfte der Vertretetinn große Ansprüche. Die städtische Schuldeputation ist zwar streng darauf bedacht, daß die dauernden Vertretungen den ältesten Vertretetinnen, die außer der wissenschaftlichen auch die technische Prüfung abgelegt haben und zu Amwärterinnen ernannt sind, übertragen werden, so daß in der Regel die ältesten Vertretetinnen keine Not leiden. Aber die Gewissheit, daß eine der älteren Amwärterinnen, die in einem Halbjahr eine größere Anzahl Stunden dauernd gegeben hat, im nächsten Halbjahr dieselbe Einnahme haben wird, ist nicht gegeben.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände hat der Magistrat entsprechend einem Vorschlage der Schuldeputation beschlossen, vom 1. April 1911 ab circa 100 der ältesten Amwärterinnen ein festes Honorar, das monatlich nachträglich gezahlt werden soll, zu gewähren, und zwar werden etwa 50 ein Honorar von 1850 M. und die anderen ein solches von 1050 M. erhalten.

Die Mitarbeiter gewonnen werden. Eine neue illustrierte Familien-Fachmonatsschrift „Unser Weg“ sucht auf einem neuen Wege Mitarbeiter und namentlich wohl auch Abonnenten. Sie verwendet nämlich Exemplare der neuen Schrift an die Direktoren der Schulen mit einem Anschreiben, in dem sie die Bitte ausspricht, auf ein Preisanschreiben in der Zeitschrift bei den Lehrerkonferenzen das geschätzte Lehrerkollegium freundlichst aufmerksam zu machen und um Mitarbeiter bzw. Einwendung von Kinderansprüchen zu bitten, da gerade die Schule hierfür ein äußerst fruchtbarer Boden ist. Das Preisanschreiben erstreckt sich

auf die originellsten Aussprüche aus Kindermund. Da dem neuen Unternehmen die ministerielle Unterstützung zur Seite steht, erscheint das Ansuchen erklärlich. Die Lehrerkonferenzen sind aber für andere Zwecke bestimmt als Propaganda zu machen für neue Zeitschriften.

Berliner Kinderjahrs-Verein. In einer letzten Sonntag stattgehabten Plenarsitzung des Vorstandes des Berliner Kinderjahrs-Vereins wurde unter anderem über die vor einem Jahre versuchsweise eingeführte Ausdehnung der Fürsorge für die Pflegelinge bis zum Beginn der Schulpflicht Bericht erstattet. Die Maßregel ist namentlich einer Anzahl Mütter, die ihrem Berufe außer dem Hause nachgehen, zugute gekommen. Die Anzahl der Fälle, in denen wegen schwerer Erkrankung oder Todesfalls eines der Eltern die Hilfe des Vereins in Anspruch genommen wurde, ist merklich gestiegen. Es wurde vom Schatzmeister dagegen konstatiert, daß die Einnahmen keine den größeren Leistungen entsprechende Steigerung, sondern einen, wenn auch nur mäßigen Rückgang zeigen, so daß ein Fehlbetrag für dieses Jahr zu veranschlagt wird, den er auf etwa 4000 M. schätzt, wenn nicht noch vor Jahresabschluss dem Verein durch alte oder neue Gönner größere Zuwendungen gemacht werden.

Vorsitzender des Vereins ist Stadtverordneter Dr. Bülow, Schatzmeister: Bankier Wilhelm Kuczynski, Behrenstr. 14/16.

Kerze als Schrittmacher für Schulnliteratur. Wie die Zeitschrift „Freie Heilkunst“ mittels, werden jetzt Schundromane in der Form unter das Volk gebracht, daß Kaufleute an Dienstmädchen, Hausdiener usw. jede Woche kostenlos Heftchen abgeben, in denen unter anderem folgende Reklame steht:

„An die Leser des Kundenromans! Hierdurch machen wir allen unseren verehrten Freunden und Lesern bekannt, daß wir zu den bisherigen besannenen Vergünstigungen, welche der Kundenroman seinen Lesern kostenlos gewährt, eine weitere hinzugesetzt haben, welche geeignet sein wird, das Band zwischen unseren Lesern und uns fester und fester zu gestalten.“

Wir haben uns entschlossen, allen Lesern des Kundenromans, welche durch den Besitz der lehrerfähigen Nummern sich als solche ausweisen können, für alle vorkommenden Krankheitsfälle kostenlose ärztliche Behandlung zu gewähren.

Jeder unserer Leser, welcher sich krank fühlt und ärztlichen Rates bedürftig zu sein glaubt, verlange von dem Kaufmann, von dem er die Hefte erhalten hat, eine auf unseren Arzt lautende Anweisung, gegen deren Vorzeigung kostenlose ärztliche Untersuchung und Behandlung erfolgt.

Wir kommen unseren Lesern nun noch dadurch entgegen, daß wir dafür Sorge getragen haben, daß sie die Medikamente zu einem beträchtlich reduzierten Preis geliefert bekommen.

Indem wir hoffen, daß diese unsere neue Einrichtung allseitigen Anlaß und zahlreiche Benutzung findet, empfehlen wir uns

mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Kundenromanverlag G. m. b. H.  
Charlottenburg, Suarezstr. 55. Tel. 4950.“

Es wäre wünschenswert zu wissen, welche Kerze es sind, die von dem Kundenromanverlag in Aussicht genommen sind; Leute, die auf ihren Veruf etwas halten, werden sich kaum hergeben.

Das zweite Heim für die arbeitende Jugend, das der „Verein Arbeiter-Jugendheim“ in Berlin geschaffen hat, wurde am Mittwoch eröffnet. Es ist in den von Arbeitern dicht besiedelten Osten der Stadt gelegt worden und ist untergebracht im Hause Große Frankfurter Straße 126, an der Ecke der Ruppenstraße, wo es im ersten Stockwerk vier nach der Straße hinaus gelegene Räume sowie die notwendigen Nebenräume in Anspruch nimmt.

Die Eröffnung vollzog sich mit einer kleinen Feier, zu der der Vorstand eine stattliche Zahl von Genossinnen und Genossen, die im Dienst der Jugendheimsache sich betätigen, geladen hatte. Die Weiberrede wurde vom Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, dem Vorsitzenden des Jugendauschusses, gehalten. Er erinnerte daran, wie man vor einem Jahre noch mit einigem Bangen an die Gründung des ersten Arbeiter-Jugendheims herangegangen sei, das für den Norden der Stadt in der Brunnenstraße eingerichtet wurde. Der über Erwarten günstige Erfolg dieses Versuches habe gezeigt, daß in der arbeitenden Jugend ein lebhaftes Verlangen nach solchen durch die Arbeiterklasse selber geschaffenen Stätten der Geselligkeitspflege und der Weiterbildung vorhanden ist. Den Fortschritt der Jugendheimsache werde nicht aufhalten, nicht der Reiz, mit dem unsere Gegner den wachsenden Einfluß der Arbeiter-Jugendheime beobachten, und nicht die Verfolgungen, die der aufstrebende Nachwuchs des arbeitenden Volkes zu erdulden hat. Neue Förderung sei zu erwarten von der geplanten Reorganisation des Jugendauschusses, die zu einer umfangreichen Mitarbeit der Gewerkschaften führen müsse.

Dann folgte eine Besichtigung des freundlich und behaglich eingerichteten Heimes. Es ist größer als das Heim in der Brunnenstraße, ziemlich doppelt so groß, und die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, sind hier verwendet worden. Zur Verfügung stehen vier Aufenthaltsräume, die jeder ihren besonderen Zweck haben. Der Besucher gelangt durch die Kleiderablage in ein erstes Zimmer, das vorwiegend für die Pflege der Geselligkeit bestimmt ist. Dame- und Schachspiel, Puffspiel und Palma und manches andere anregende Gesellschaftsspiel liegt bereit, und auch dem mündlichen Gedankenaustausch wird hier nicht gekehrt werden. In stillerem Wertelassen ladet das anstoßende Zimmer ein, das der Befriedigung des Verlangens nach Zeitungs- und Lektüre dienen soll. Eine Fülle von Lesestoff wird geboten, 85 Hefische und auswärtige Tageszeitungen und Gewerkschaftsblätter, außerdem 15 Zeitschriften. Einem weitergehenden Bedürfnis nach Lektüre kommt die Handbibliothek entgegen, die 400 Bände zu sofortiger Benutzung bereit hält. Wer eindringenderem Studium eines guten Buches sich widmen will, der kann in einem neben dem Zimmer der Zeitungsleser liegendes besonderes Lesezimmer sich zurückziehen, „Studierzimmer“ möchten wir es nennen. Als Stätte ernstlicher Arbeit soll ein vierter Raum bemittelt werden, ein Saal, dessen Einrichtung die Abhaltung von Vortragskursen ermöglicht. Soweit er nicht hierzu gebraucht wird, soll auch er den Besuchern des Heimes zur Befriedigung ihres Lebensbedürfnisses, zur Unterhaltung mit Spielen oder auch zu zwanglosem Beisammensein offen gehalten werden. Das ganze Heim kann in allen seinen Räumen etwa 250 Personen aufnehmen. Die Ausstattung der Räume ist in ihrer glücklichen Vereinigung von Schlichtheit und Schönheit überaus anziehend. Möbel, Wandbekleidung, Fenstervorhänge, Bildschmuck, alles liegt sorgsam abgestimmt sich ineinander. Ein von dem Streben nach Einfachheit geleiteter Kunstgeschmack hat hier ein Gesamtbild geschaffen, das im Sinne der Kunstsziehung auf die jugendlichen Besucher wirken muß. Und über dem Ganzen liegt ein freundlicher Hauch von Jugendstimmung, der auch und Welteren das Herz aufgehen macht.

Der zweite Teil der Einweihungsfeier war auf die jugendlichen Gäste berechnet, denen erst später die Pforten des neuen Heimes sich öffneten. In dichter Schar strömten sie herein, Jünglinge

und junge Mädchen. Gesang des Männerchors „Ost“ begrüßte sie, und dann ergriff das Wort der Genosse Wilhelm Schenk, der diesem Heim als Leiter vorkam. Er betonte die Bildungszwecke des Arbeiter-Jugendheims, die ihnen zugewiesene Aufgabe, den Nachwuchs der Arbeiterklasse von der Straße oder dem frühen Weisenbesuch fernzuhalten und zu erstem Streben nach Weiterbildung anzuleiten. Schenk hob hervor, daß bei der Zusammenstellung der Bibliothek mit aller Beherzigkeit verfahren worden ist. Unerbittlich habe man aber eins abgelehnt: die Schundliteratur. Er schloß mit dem Wunsch, daß die behaglichen, mit liebevoller Umsicht hergerichteten Räume allen Besuchern zu einem wirklichen Heim werden möchten. Gesangsbeiträge des Männerchors, darunter das die Hörer fortwährendes Lied „Empor zum Licht“, beendeten die Feier.

Das neue Arbeiter-Jugendheim in der Großen Frankfurter Straße ist, wie das in der Brunnenstraße, für Jugendliche beider Geschlechter in den Abendstunden geöffnet, an Wochentagen von 6—10, an Sonn- und Feiertagen von 4—10. Der Zutritt ist unentgeltlich, auch die Garderobe wird ohne Entgelt aufbewahrt, und die Benutzung aller Unterhaltungs- und Bildungsmittel steht jedem Besucher ohne weiteres frei. Möge der arbeitenden Jugend der Wunsch nach weiterer Vermehrung dieser Jugendheime in nicht zu fernher Zeit sich erfüllen.

Warnung vor Porträtschwübeln. Das Polizeipräsidium erläßt folgende Warnung: Das bevorstehende Weihnachtsfest gibt den Porträtschwübeln Veranlassung, mit markt-schreierlicher Reklame oder in Gestalt von Preiszetteln in Berliner und auswärtigen Zeitungen Vergrößerungen zum Preise von wenigen Pfennigen anzupreisen. Die Pfennige verzeichnet die Firma angeblich für Speien, Vergrößerung und Porto. — Es wird für diesen Betrag eine sogenannte Hochvergrößerung, d. h. eine Vergrößerung ohne Positiv-Netouche geliefert. — Die Vergrößerungen werden von verschiedenen Berliner Firmen mittels besonderer elektrischer Apparate hergestellt. Zugleich mit dieser Vergrößerung wird sodann an den Auftraggeber ein Prospekt gesandt, in dem für eine Nachzahlung von 3 bis 5 Mark die künstlerische Ausarbeitung der Vergrößerung angepriesen wird. Gleichzeitig bzw. in späterer Zukunft werden Rahmen angeboten. In den für die Lederarbeit und den Rahmen geforderten Verträgen liegt der Verdienst der Firma. — Von einer künstlerischen Ausarbeitung ist jedoch meistens keine Rede, denn durch diese Lederarbeit werden diese Bilder meistens unähnlich und verlieren somit erst recht an Wert. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß diese Art Vergrößerungen nicht den Anspruch darauf machen können, als „künstlerische Porträts“, „künstlerischer Zimmerschmuck“ oder dergleichen angesprochen zu werden.

Mit einem Schek der spanischen Schachschwübel machte ein Badermeister aus Riew, der gestern hier festgenommen wurde, trübe Erfahrungen. Der biedere Handwerkermeister erhielt, wie so viele andere Leute auch, einen Brief aus Spanien. Es war der seltene Brief mit der Aufsicht auf 800 000 Fr. Der Meister wandte sich eilig an die angegebene Adresse und erhielt schon mit der nächsten Post die Einladung, persönlich nach Madrid zu kommen. Bald darauf lag er schon im Eisenbahnwagen und machte die zweite Reise. In Ostomeil, einem Vororte Madrids, empfing ihn, wie verabredet war, ein Mann, der sich die beiden nach Riew gesandten Briefe als Ausweis geben ließ. Die Angelegenheit war schon weiter gediehen, als der vertrauensvolle Kunde geglaubt hatte. Er sollte schon gleich auf die in Aussicht stehenden 800 000 Frank eine erste Anzahlung erhalten, nicht weniger als 50 000 Frank, über die ihm der Spanier einen Schek überreichte. Der Badermeister hatte weiter nichts zu tun, als für die Auszahlung des Scheks eine kleine Gebühr von 3000 Rubeln zu zahlen. Dafür bekam er dann aber auch ein wunderschönes Papier, unsgeteilt von der Banco de Londres, Mexico y Südamerika, Nr. 6790, über 50 000 Fr., die am 1. April bei der Nationalbank in Berlin W., Behrenstr. 68/69, fällig sein sollten, mit einem hübschen Wasserzeichen und allen möglichen Siegeln und Stempeln versehen. Der Spanier empfahl dem hochfreuten Russen sehr dringend, mit dem wertvollen Schek Spanien schleunigst zu verlassen und das Geld in Berlin zu erheben und ermahnte ihn sehr ernstlich, keinem Menschen zu sagen, woher er komme. Der Badermeister befolgte alles getreulich, fuhr nach Berlin und legte gestern der Nationalbank den Schek vor. Zu seinem größten Schrecken besand er sich bald darauf in den Händen der Kriminalpolizei und auf dem Polizeipräsidium. Die Nationalbank, die mit der mexikanischen Bank nicht in Geschäftsverbindung steht, benachrichtigte von der Fälschung die Polizei, die sich darauf den Vorzeiger näher ansah. Der zuständige Dezernent der Kriminalpolizei erlaubte gleich die Art des Papieres und machte dem Badermeister bald klar, daß er seiner Habgier 3000 Rubel geopfert hatte. Der Kunde war zwar sehr enttäuscht über den unerwarteten Ausgang seines Unternehmens, aber endlich doch noch froh, daß ihn die Kriminalpolizei wieder freiließ, weil er ja eine strafbare Handlung nicht begangen hat.

Bewußtlos auf der Straße aufgefunden wurde in der letzten Nacht an der Ecke der Rügen- und Brunnenstraße ein etwa 35-jähriger Mann, dessen Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten. Von Kastraten wurde der Unbekannte nach der Unfallstation in der Vahstrasse gebracht, wo es trotz mehrstündiger Bemühungen nicht gelang, den Patienten zum Leben zurückzurufen. Keuchere Verlegungen konnten an dem Manne nicht festgestellt werden. Von der Unfallstation wurde der Erkrankte nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt. Wertpapiere oder Legitimationspapiere wurden bei dem Fremden nicht vorgefunden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch erklärte zunächst die Wahlen der in den beiden ersten Abteilungen gewählten bürgerlichen Kandidaten sowie die unseres im 1. Bezirk der 3. Abteilung gewählten Genossen Richter ohne Debatte für gültig. Zu lebhaften Auseinandersetzungen dagegen kam es anlässlich der Prüfung der Wahl des im 5. Bezirk der 3. Abteilung mit 1162 gegen 1154 sozialdemokratische Stimmen gewählten liberalen Obermeisters Pasche. Eine Anzahl Wähler dieses Bezirks hatten vom Magistrat die irrtümliche Mitteilung erhalten, daß die Wahl am 4. November stattfände, während der tatsächliche Wahltermin der 3. November war. Vom Krankenkassenbeamten Reichs lief nun ein Protest ein, der mit Rücksicht auf diesen großen Verstoß die Wahl für ungültig erklärt wissen wollte. Der Ausschuss hat diesen Protest zurückgewiesen, da es, wie der Berichtstatter, Stadtverordneter Ruder, ausführte, ganz unerheblich sei, ob der Magistrat solche Karten versende oder nicht. Es handle sich dabei lediglich um Ausweisarten; für die Eintragung zur Wahl hingegen seien maßgebend die Veröffentlichungen in den Publikationsorganen. In ähnlichem Sinne habe früher einmal das Oberverwaltungsgericht entschieden.

Von unseren Genossen war ein Antrag eingegangen, die Wähler in den Häusern Charlottenburger Alter 55, 56, 57 und 63 zu Protokoll darüber zu vernehmen, ob sie anstatt zum 3. November zum 4. November zur Wahl eingeladen waren und bezahrendenfalls, ob sie dadurch veranlaßt sind, der Wahl fernzubleiben.

Zur Begründung bemerkte Genosse Hirsch, daß er diesen Antrag, obwohl ihn die Kommission bereits mit großer Mehrheit abgelehnt habe, von neuem einbringe, weil der Beschluß der Kommission ein ungerechtes und unhaltbares sei. Gleich sei es dem



In gelobten Verfahren — um die Berufungsmöglichkeit auszuschließen —  
 ebenfalls Klage erheben. Nach dem wir, Sekretaria beim Arbeitersekretariat,  
 Engelster 15 nachsuchen. — **R. G. 30.** 1. Von mehr als 6000 bis  
 8000 M. einschließlich jährlich 3 M., von mehr als 8000 bis 10 000 M. ein-  
 schließlich jährlich 4 M. 2. Klein. 3. Von 9500 M., vorausgesetzt, daß  
 das nach dem Einkommensteuergesetz versteuerbare Jahreseinkommen  
 900 M. übersteigt. — **R. 16.** Fragen Sie beim Reichsfinanzminister  
 Emsel, Adresse: Reichstag, an. — **R. G. 40.** 1. und 2. Klein. —  
**W. C. 117.** Anspruch auf Altersrente besteht nicht, da die geschädigte

Wartzeit von 1200 Beitragswochen nicht erfüllt ist, selbst wenn die Voraus-  
 setzungen dafür vorliegen, daß für zehn Jahre vor Inkrafttreten  
 des Gesetzes je 40 Beitragswochen angerechnet werden. — **R. P. Klein.**  
 — **R. G. 26.** Die Stelle kann nicht empfohlen werden. — **U. 32.** Sie  
 sind zahlungspflichtig. — **R. P. 3.** Sie müssen beim Vormundschafts-  
 gericht eine Auseinanderrechnungsbefehlshandlung beantragen. — **P. G. 100.**  
 Mit dem Nachweis von Stellen können wir uns nicht befassen. — **S. D. 33.**  
 Um Firmennamen können wir uns nicht kümmern. — **Krankenkasse 27.**  
 Leider nicht. — **W. G. 1824.** Die Einwilligung ist erforderlich, hat

Aber Brand hat 18. Lebensjahr vollendet, so kann beim Vormundschafts-  
 gericht die Volljährigkeitserklärung und die Erhebung der elterlichen Ein-  
 willigung durch das Vormundschaftsgericht beantragt werden. — **W. G. 1.**  
 1. bis 3. Die Ansprüche erscheinen begründet. 4. Gewerbegericht, Zimmer-  
 straße 90/91. 5. Die Vorforderung genügt. — **J. 72.** Sie müssen sich an  
 den Armenvorsteher Ihres Bezirks wenden. — **1-68.** 1. Die Gehalts-  
 bestimmung können Sie in unserer Sprechstunde einsehen. Im Briefkasten  
 ist der Abdruck nicht zugänglich. 2. Die Höhe der Rente ist abhängig vom  
 Objekt. 3. Ja.

# Josephetti VERA FEINSTE 3 Pfg. LIGARETTE

## Theater und Vergnügungen

**Freitag, 9. Dezember.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Einfont-  
 Konzert.  
**Mittags 12 Uhr:** Einfont-Ratinee.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der  
 Störenfried.  
**Deutsches.** Sommernachts Traum.  
**Kammerspiels Gärten.**  
 (Anfang 8 Uhr.)  
**Serliner.** Tallöman.  
 Anfang 8 Uhr.

**Seffing.** Wenn der junge Wein blüht.  
**Neues Schauspielhaus.** Der  
 Jerriffene.  
**Komische Oper.** Die Vögelin.  
**Bestes.** Das Puppenmännchen.  
**Kleines.** Verflucht Frauenzimmer.  
 1. Klasse.  
**Neues.** Der G. m. b. H. Tenor.  
**Trionon.** Der heilige Hain.  
**Wieder.** Der Unterpräfekt.  
**Thalia.** Polnische Wirtschaft.  
**Schiller O.** (Anfang 8 Uhr.)  
 Prinz Friedrich von Homburg.  
**Sch.** (Anfang 8 Uhr.)  
 Das Urbild des Tartuffe.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
**Schauspielhaus.**  
 Freitag, 9. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Die verriegelte Venus.**  
 Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Die  
 Hermannschlacht. 8 Uhr zum ersten-  
 mal: Hofjäger.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Die  
 Räuber. Abends 8 Uhr: Hofjäger.  
 Montag: Die verriegelte Venus.

**Luisen-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Hüttenbesitzer.**  
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Jüngst  
 Rufe. 8 Uhr: Berlin geht zu Bett.

**Lessing-Theater.**  
 8 Uhr: Wenn der junge Wein  
 blüht.  
 Sonnabend 8 Uhr: Anstalt.  
**Berliner Theater.**  
 Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:  
**Der Talisman.**  
 Morgen: Der Tallöman.  
**Neues Theater.**  
 Täglich:  
**Der G. m. b. H.-Tenor.**  
 Anfang 8 Uhr.

**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: Das Puppenmännchen.  
 10 Uhr: Sonntag. 4 Uhr: Halkäppchen.  
 Sonntag, 11. Die geschiedene Frau.  
**Modernes Theater**  
 (früher Hobbeltheater).  
 Abends 8 Uhr:  
**Doppelmeasch.**

**Lustspielhaus.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**  
**Residenz-Theater.**  
 Direktion: Richard Alexander.  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Unterpräfekt.**  
 Schwank in 3 Akten v. Leon Sandhoff.  
 Morgen und folgende Tage: Der  
 Unterpräfekt.

**Metropol-Theater.**  
**Hurra!**  
**Wir leben noch!**  
 Große Ausstattungsrevue in 7 Akten  
 v. A. Freund. Musik v. H. Holländer.  
 Am Morgen geht den Dir. H. Schulz.  
 Anfang 8 Uhr — Menschen gestattet.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 Taubenstraße 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
 Erwin v. Paska, Wien:  
**„Konstantinopel und das  
 Goldene Horn.“**  
 Hörsaal 8 Uhr:  
 Vortrag vom Stiftungsfonds der  
 Berliner Gewerbeausstellung 1879.

**Kaiser-Panorama.**  
 Wanderung durch die Gifel.  
 Letzte Woche Tirol, Kar-  
 wendel und Wetterstein-  
 Gebirge. Eine Kette 20000 M. lang nur  
 10 Pf. Abkommen. 1 M. Last. Abgym.

**Berliner Volksoper**  
 Belle-Alliancestraße 7/8. — 1/2 Uhr:  
**Der Troubadour.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
**Schauspielhaus.**  
 Freitag, 9. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Die verriegelte Venus.**  
 Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Die  
 Hermannschlacht. 8 Uhr zum ersten-  
 mal: Hofjäger.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Die  
 Räuber. Abends 8 Uhr: Hofjäger.  
 Montag: Die verriegelte Venus.

**POSE=THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 182.  
 Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Der Kaiserjäger.**  
 Komödie in 3 Akten von Brenner  
 und Ostwald.  
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Schnee-  
 wittchen. Abends 8 Uhr u. folgende  
 Tage: Der Kaiserjäger.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Die  
 Millionenerbin.

**Apollo Theater**  
 10 neue große Attraktionen 10  
 9 Uhr:  
**Bellini**  
 das telepathische Phänomen.  
 Elise Terry, Operetten-Diva zu  
 Pferde u. a. m.

**WINTERGARTEN**  
 Neues Programm!  
**Liane d'Ève**  
 Excentrique française  
 in ihrem Transformationsakt:  
**Vor und hinter den Kulissen**  
 umrahmt von einer Analyse der  
 anerkanntesten Kunst-  
 kräfte dreier Weltteile.  
 Rauchen gestattet!

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Hedi Herdina.**  
**Norman French.**  
 Und das  
 große Dezember-Programm!!

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater O. (Ballner-Theat).  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Prinz Friedrich von Homburg.**  
 Schauspiel in 5 Akten v. F. v. Schiller.  
 Ende 10 1/2 Uhr.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Fee Caprice.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Ehre.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das Urbild des Tartuffe.**  
 Lustspiel in 5 Aufzügen v. M. Gouffon.  
 Ende 10 1/2 Uhr.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Bund der Jugend.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Egmont.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Nacht der Finsternis.**

**LICHT-SPIELE**  
 Heute Beginn 6 Uhr  
**Mozart-Saal.**

**„CLOU“**  
 BERLINER KONZERTHAUS  
 Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91  
 Eintritt 50 Pf.  
**!!! Heute !!!**  
**Großes Konzert.** Dir. Franz v. Blon.  
 Sonntags: Matinee von 12-2 Uhr  
 bei freiem Eintritt.

**Sport-Palast**  
 Potsdamer Straße 70-72a  
**Größter Eispalast der Welt**  
 Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen  
**Fearie „Am Nordpol“** □ 200 Eislauf-Künstler  
 Zwei Militär- und Zivil-Kapellen  
 Restaurant für 6000 Personen  
 Entree 1 M. Unterricht im Eislauf von 11-1 Uhr. Vorm. Konzert  
**Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung**  
 Jeden Montag, 9 Uhr abends:  
 Großes Instrumental- und Vokal-Konzert, ohne Entree-Aufschlag.

**Excelsior Lichtspielhaus**  
 Rixdorf, Bergstr. 151/152.  
 Heute neues Programm. u. a.:  
**Semiramis**, ein großes Drama aus der babylonischen Ge-  
 schichte.  
**Max und Müller**, die beliebtesten Humoristen in ihren  
 neuesten Szenen: Max hat neue Stiefel an, Müller wird  
 das Opfer seiner Redlichkeit. — Als Einlage:  
**Der Brand der Reizlütke in Rummelsburg.**

**Rollschuhbahn**  
 Kurfürstendamm 151  
 Heute, Freitag, den 9. Dezember:  
**2. Populärer Abend.**  
 Von 8 Uhr ab: Eintritt u. Laufen mit eigenen 50 Pf.  
 Rollen  
 Leihgebühr für unsere Rollen 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend: **Konfetti-Schlacht.**

**Folies Caprice.**  
 Komiker Schnitzel  
 Solo-Zell:  
**Der Dorfmusikant.**  
 Morgen und folgende Tage:  
**Der Feldherrnhügel**  
**Bosporus am Moritzplatz.**  
 Das Variété-Konsum-System war  
 das Mächtigste.  
 Entree frei. Sie sehen nur ein Pro-  
 gramm für 20 M. drei Personen, damit  
 haben Sie ein Glas Rühnwasser oder  
 Bismarck Bier bezahlt.  
 8 Uhr: Das vollständig neue Variété-  
 Programm.  
 Von 11-1 Uhr: Künstler-Konzert.  
 Dir. Rob. Krüger.

**Herrnfeld Theater**  
**Der größte Schlager**  
 der Theater-Saison 1910.  
**Eine verlorene Nacht**  
 Ein lustiger Trauerspiel in zwei Akten  
 von Anton und Donat Herzfeld.  
 Vorher: **Der Derby-Dieger.**  
 Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
**Trionon-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Der heilige Hain.**

**Zipkus A. Schumann.**  
 Keine Zirkus-Vorstellung  
 sondern  
 Aufführung des Deutschen Theaters  
**König Oedipus**  
 von Sophokles.  
 Sonnabend, den 10. Dezember,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Grand Solrèe high life.**  
 Auftreten sämtl. neuen  
 Attraktionen.  
 9 1/2 Uhr:  
**Der große Coup**  
 der  
**Schmuggler.**  
 Romantische Pantomime in 4 Ak.

**Zirkus Busch.**  
 Freitag, 9. Dez., ab. 7 1/2 Uhr:  
**Brillante Vorstellung.**  
 Gastsp. d. berühmten Dresseurs  
 Herrn Direktor Pierre Althoff  
 und Frau Direktor Adèle Althoff  
 mit ihren exzellentesten Frei-  
 leistungsdressuren.  
**Fredians**, der Reiterfamilie.  
**The 14 Fezzans**  
 Die urkomischen Radfahrkünstler  
 Gebrüder Nausel.  
 Frt. Elisabeth v. Dyrnar, Schulr.  
 9 1/2 Uhr zum 92. Male:  
**„VENEZIA“.**  
 Vorher das große Programm.  
 Der große Marzall ist geöffnet.

**Casino-Theater**  
 Lottischer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
 Das Original Berliner Volkstheater  
**Julie Wipphen.**  
 Ueberrückter Humor!  
 Ueberrückter Typen!  
 Im Stille der eben. Berliner Bühne.  
 Vorher erschütterter hundert Teil.  
 Sonntag, 11. Uhr: Der Hochmutaufsteig.

**Theater „Groß-Berlin“.**  
 Freitag Artushof, Hoabit.  
 8 1/2 Uhr:  
**Die Räuber.**  
 Carl Root: Dir. E. Reich.  
 80-85-75, 100 Pf. Auf Vorzug: 20.  
 30, 50, 60 Pf. Dieses Vorzug gilt  
 als Vorzugsbillet.  
 Sonnabend Wühlmann-Theater:  
 Der verurteilte Prinz.

**Burgtheater-**  
 Festsäle und Kinetograph  
 vom Grotzerjan, Jakob: Aus. Morz.  
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.  
**Lebende Photographien.**  
 Eintritt 20 u. 40 Pf. Silber die Hälfte.  
 Anf. 7 u. 11. Sonntag 4 u. Vorzugskarten,  
 nur wochentl. gültig. 25 Pf. auf allen  
 Gläsern. **Zierd westl. Programm.**

**Voigt-Theater**  
 Schultheim, Badstraße 38.  
 Freitag, den 9. Dezember, 1910:  
**Hans Sachs.**  
 Schauspiel in 4 Aufzügen v. Johann  
 Ludwig Deinhardt.  
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Karl Haverland-**  
 Anfang Theater, Kommandanten-  
 platz 77, II. Straße 77/79.  
 Die wunderbaren neuen  
**Dezember-Spezialitäten.**  
 Nante Pohlmann, der urkomische  
 Sachse.  
**Königstadt-Kasino.**  
 Potsdamerstr. 72, Ecke Hiltendorferstr.  
 Täglich: **Franz Sobanski.**  
 (Real) Geschw. Gau. Max Werner.  
 Albert Nicolass. Geschw. Sander-  
 mann. Mstr. Maximilian, unsterblich.  
 Clowin. Molly Verch uhm.  
**Unter der blühenden Linde**  
 Die große Vorführung.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

**Theater des Weddings**  
 Müllerstr. 182/183 — Seltener, 55.  
 Täglich vor außerordentlichem Gange:  
**Abgründe**  
 Drama in zwei Akten von Urban (Geb.  
 Außerdem das neue großartige  
 Programm.  
 Sonnabend, 4. 10. Dez., nachm. 3 Uhr  
**Große Kinder-Weihnachtsvorstellung.**  
 Jeder Erwachsene ein Kind frei.

**Passage-Panoptikum.**  
 Der bearbeitete  
**Riese**  
**Dussore**  
 Ist 110 mm größer als  
**Machnow**  
 lebend zu sehen!  
 Ohne Extra-Entree!

Für den Inhalt der Jareare  
 abernimm die Redaktion dem  
 Publikum gegenüber keinerlei  
 Verantwortung.

**Theater Sanssouci**  
 Godebühlstraße Rotbuscher Tor.  
 8 1/2 Uhr:  
**Im blauen Licht.**  
 9 1/2 Uhr:  
**So wird's gemacht!**  
 Kurze mit Vortrag von W. Gericko.

Im  
**U.T.** Union-  
 Theater  
**Moritzplatz**  
 findet am  
 Sonnabend nachmittags  
 3 Uhr  
**eine große  
 Kinder-  
 Weihnachts-  
 Vorstellung**  
 mit Präsentverteilung  
 statt.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger.  
 Weihnachts-Programm!  
**„Bel Vater“**  
 Weihnachtsbild v. Neffel.  
 Anfang  
 wochentags  
 8 Uhr  
 Sonntag  
 7 Uhr.

**Walhalla-Theater.**  
 Rosenthaler Tor, Weinbergstr. 20  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Dezember-Allerheiligsten!**  
**Bravo! — Da Capo!**  
 Eine allwelts-Revue in 5 Akten  
 in Szene gesetzt v. Dir. H. Klein.  
 Verb. m. neuen Couplets, Ein-  
 lagen u. Emulationen u. a.

